

Volkswacht

für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Abonnementpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen in allen größeren Städten, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf., Trägersohn + 0,50 Rmt., monatlich 1,25 Rmt. + 25 Pf., Trägersohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzuschicken. Subskriptionsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Reparationsfrage und Notverordnung

Die Pläne der Reichsregierung in der Reparationsfrage Abänderung der Notverordnung unerlässlich

Berlin, 9. Juni. (Eigener Bericht.)

Die Meldungen, die die Presse über die Ergebnisse der Verhandlung von Chequers sowie über die Absichten der Reichsregierung in der Reparationsfrage bringt, alle mit der bestmöglichen Vorsicht aufzunehmen. Die einzige positive Versicherung, die uns gegeben wird, ist, dass die Reichsregierung nicht die Absicht hat, bereits in den letzten Tagen Beschlüsse bezüglich der Annahme eines Reparationsmoratoriums zu fassen, das heißt, dass sie zunächst nicht an den Gedanken denkt, von dem Rechte Gebrauch zu machen, das ihr der Vertrag selber gewährt. Das ist durchaus berechtigt. Die einzige Erklärung eines Moratoriums würde den deutschen Währungsstand erschüttern und die Gefahr der Zurückziehung kurzfristiger ausländischer Anleihen beträchtlich erhöhen. Außerdem aber würde eine im Rahmen des Young-Planes liegende Abstopfung der Übertragung von Zahlungen an das Ausland für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen kaum von Bedeutung sein. Würde angesichts des Gesamtdefizits, das bei Reich, Ländern und Gemeinden fast auf 2 1/2 Milliarden zu beziffern ist, wirklich ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Man beachtet es der „Daily Telegraph“ den Wunsch der deutschen Regierung, einen dreijährigen Zahlungsstopp hinsichtlich der ungeschützten Zahlungen in Höhe von mindestens einer Milliarde Mark zu erreichen. Es spricht sich für die Richtigkeit dieser Mitteilung und es kann dem Zweifel unterliegen, dass hier ein ansich erstrebenswertes Ziel aufgestellt wird. Deutschland bedürfte in der derzeitigen Lage einer Währungsreform und sie könnte ihm zu einer Wiederbelebung seiner Wirtschaft verhelfen. Aber die Forderung der Gläubigerstaaten an eine Erfüllung dieses Wunsches nur denken können, wenn Amerika für dieselbe Zeit auf die Entziehung seiner Schulden bei England, Frankreich, Italien verzichtet. Bisher war die Meinung, dass in Washington und New York kaum vorhanden, und es ist fraglich, ob sie durch neuere Vorschläge, wie beispielsweise, dass Amerika jährlich eine Anleihe von einer Milliarde ausgeben könne, deren Zinsen und Tilgung von Deutschland garantiert werden, wachzurufen ist. Jedenfalls gilt es, zwei Gruppen von Forderungen zu unterscheiden, die eine, die in Europa, und die andere, die jenseits des Atlantischen Ozeans liegt.

Doch welches auch immer die Wünsche und Absichten des Kabinetts sein mögen, es muß sich unter allen Umständen auch der innerpolitischen Voraussetzungen für den Erfolg der Aktion bewußt bleiben. Einstweilen gibt es sich der Meinung hin, durch die Verkündung der Notverordnung mit ihren unerhörten Härten eine der wesentlichsten dieser Voraussetzungen geschaffen zu haben. Mag sein, daß es ihm gelungen ist, das Ausland von der Größe der wirtschaftlichen und finanziellen Not, die auf Deutschland lastet, zu überzeugen, aber auf der anderen Seite ist die Aufnahme, die dieser Schritt im Kabinett im eigenen Lande gefunden hat, so ungünstig wie möglich, und am ungünstigsten in den Kreisen derer, die als Arbeitgeber, Angestellte und Beamte eine weitere sehr beträchtliche Verschlechterung ihrer Lebenshaltung auf sich nehmen sollen. Diese Opposition wird die Regierung nicht mit dem Hinweis auf diese Opferungen überwinden können, daß sie eben jetzt in ihrem Bemühen, außerordentliche Erleichterungen zu erreichen, durch innenpolitische Voraussetzungen nicht gehindert werden dürfe. Mit der Eröffnung der mehr oder weniger bestimmten Aussichten auf eine in der Zukunft liegende Revision der Zahlungsverpflichtungen wird sie sich nicht zum Schweigen bringen, die gegen die unummittelbare Mehrbelastung Widerstand erheben und auf die ungeheure Unbilligkeit der Lastverteilung hinweisen können.

Die dem Kabinett und namentlich dem Reichskanzler nahe stehenden Zeitungen erklären mit Entschiedenheit eine Einberufung des Reichstags in diesem Augenblick für unerlässlich. Zugleich geben sie das Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu Beschlüssen von bedenklichen Folgen gelangen könnte. Aber diese Gefahren wären zum mindesten beträchtlich zu verringern, wenn die Regierung bereit wäre, sich über den Inhalt der Notverordnung in eine Diskussion einzulassen und den Standpunkt aufzugeben, als ob sie wirklich die einzige mögliche Lösung des Problems gefunden hätte. Gerade wenn es um Rücksicht auf Revisionserwartungen das Risiko einer Verschärfung der Notverordnung und der daraus sich möglicherweise ergebenden politischen Konflikte vermeiden will, muß sie gegen den von allen berechtigten Forderungen entgegenkommenden Beweis. Tut sie es nicht, so nimmt sie selber die Verantwortung für die Herbeiführung einer Situation auf sich, die außen- und innenpolitisch in gleicher Weise verhängnisvoll wäre. Und sie muß auch klug genug sein, zu erkennen, daß die Drohung mit dem Abgleiten der Staatsleitung nach rechts hin in der gegenwärtigen Stunde schon deshalb nur geringen Eindruck machen kann, weil jeder sich darüber klar sein muß, daß eine Regierung, die die Herren Hitler und Hugenberg oder der Stahlhelm unterstützen oder mittelbaren Einfluß besitzen, schon gar nicht geneigt sein würde, eine auch nur vorübergehende Erleichterung der Reparationslasten zu erreichen.

Berlin, 9. Juni. (Eigener Bericht.)

Der Reichskanzler und Reichsaussenminister sind am Mittwoch nachmittag nach Berlin zurückgekehrt. Vorab wurden sie dem Reichskabinett über den Verlauf

ihrer Besprechungen in Chequers und ihre persönlichen Eindrücke während ihres Aufenthalts in England noch am Mittwochabend Bericht erstatten. Am Freitag wird der Reichskanzler den Reichspräsidenten, der jetzt auf seinem Gut in Neubreda weilt, über die Besprechungen mit den englischen Staatsmännern und die weiteren Absichten des Kabinetts zur Aufklärung des Reparationsproblems informieren. Man nimmt an, daß die Reichsregierung nach dem Besuch des Reichskanzlers und Reichsaussenministers in Chequers wegen des Reparationsproblems zunächst mit dem französischen Kabinett in Verbindung treten wird. Weitere Schritte dürften dann erst nach dem Besuch des amerikanischen Außen- und Finanzministers in Europa erfolgen.

Bergunglück bei Neurode

Sieben Bergleute durch Kohlenstaub erstickt Bier gerettet

(Näheres im Schlesischen Teil.)

Vor der Reise des Reichskanzlers nach Neubreda beschäftigt die Reichsregierung die Führer der hinter ihr stehenden Fraktionen und die Führer der Sozialdemokratie zur Erörterung der innen- und außenpolitischen Lage zu empfangen. Von der Sozialdemokratie werden die Abgeordneten Wels und Breitscheid geladen werden. In diesen Erörterungen wird vor allem auch die Frage der Einberufung des Reichstags zum Zwecke der Aenderung der jüngsten Notverordnung eine Rolle spielen. Es ist bekannt, daß die Reichsregierung sich dem Zutritt des Reichstags entgegenwidersetzt. Das gilt für alle Kabinettsmitglieder. Gerüchte, daß der Reichsarbeitsminister für die Einberufung des Reichstags sei und in diesem Sinne im Kabinett bereits vor der Veröffentlichung der Notverordnung eingetreten sei, werden als erfunden bezeichnet. Aber wie dem auch sei: die Entscheidung über die Frage, ob der Reichstag einberufen wird oder nicht, hängt für die Sozialdemokratie schließlich davon ab, inwieweit das Reichskabinett von sich aus entschlossen ist, die bittersten Härten aus der Notverordnung auszumergen.

Boten haben sich die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten bereits für die Einberufung des Reichstags ausgesprochen. Nicht um dem Volk zu helfen oder um irgendwelche positiven Hilfsmassnahmen für die Vermissten unter den Armen zur Debatte zu stellen. Nein, sie wollen das Chaos, und weil sie das wollen, fordern sie die Aufhebung der Notverordnung in Bausch und Bogen. Was kümmert sie die Finanzlage des Reiches, was die 1 1/2 Millionen Arbeitslosen? Ihre Sorge ist nicht, wie die Situation unseres Volkes gebessert, sondern wie sie verschlimmert werden kann.

Die Sozialdemokratie wird zu der Frage, inwieweit es notwendig ist, den Versuch zur Aenderung der Notverordnung auf parlamentarischem Wege zu machen, am Freitag Stellung nehmen. Die Volkspartei wird sich über die Frage der Einberufung des Reichstags am Donnerstag entscheiden. Der christlich-sozialen Volksdienst, der ebenso wie die Volkspartei in der Regierung vertreten ist, ist gegen „eine über-eilte Einberufung“ des Reichstags. Aber auch er betont, wie alle anderen in der Regierung vertretenen Fraktionen, daß die Grenze des Möglichen durch die Notverordnung weit überschritten sei und Aenderungen notwendig sind.

Ein amtliches Dementi

Amtlich wird mitgeteilt: „Gegenüber Meldungen, nach denen die Reichsregierung in den nächsten Tagen bereits Beschlüsse bezüglich der Aufhebung eines Transfer-Moratoriums treffen würde, wird von zuständigen Stelle festgestellt, daß diese Mitteilungen jeglicher Begründung entbehren.“

Wahltag der Labour Party

Die Wahl in Gateshead endete mit einem Sieg der Kandidaten der Labour Party, der 22 896 Stimmen auf sich vereinigete. Der konservative Gegenkandidat erhielt 21 501 Stimmen.

Die Nazis und die Ausgesteuerten

Im Danziger Volkstag hatten die Nationalsozialisten dieser Tage einen Antrag eingebracht, der die Aussteuerung der Erwerbslosen auf den 1. September verschoben wissen wollte. Der Antrag war nicht ernst gemeint. Als von der Linken die Forderung gestellt wurde, daß das Haus sobald wie möglich die Unterbringung der Ausgesteuerten sicherstellen soll, krachten sich die Nazis, Sozialdemokraten und die Kommunisten nahmer, daß der Antrag abgelehnt wurde. Die Nazis kümmerten sich trotz ihres Antrages den Texten um die Ausgesteuerten.

Zum Kampf gegen die neue Notverordnung!

Der Reichstag muß zusammentreten.

A. Kr. Wir haben, ohne zunächst selbst Stellung zu nehmen, in den letzten beiden Ausgaben unseres Blattes den Hauptinhalt der neuen Notverordnung dargestellt und dabei die Auffassung über den Charakter der Verordnung wiedergegeben, der in den Berliner leitenden Parteikreisen herrscht. Das geschah, damit sich unsere Leser von dem Inhalt der Verordnung ein möglichst klares Bild machen können und gute Unterlagen für ihr Urteil haben. Es kommt jetzt nicht darauf an, schon am ersten Tage ein abschließendes Urteil abzugeben, es kommt darauf an, daß die politischen Entscheidungen, die jetzt getroffen werden müssen, richtig sind. Denn wie diese Entscheidungen auch ausfallen, sie sind jedenfalls von außerordentlicher politischer Tragweite und sie werden für lange Zeit das politische Schicksal der deutschen Arbeiterklasse und ganz Deutschlands bestimmen.

Der Parteitag hat in zwei mit übergroßer Mehrheit gefassten Beschlüssen abgelehnt, die Stellungnahme der Partei und damit der Reichstagsfraktion zur neuen Notverordnung selbst festzulegen. Er hat der Fraktion vielmehr freie Hand für ihre politischen Entscheidungen gewährt und hat lediglich in allgemeinen Richtlinien der Fraktion vorgezeichnet, welche Ziele sie mit ihrer Politik erstreben soll. Wenn man diese Entschlüsse rückwärts aufwärts ansieht, so muß man zu der Auffassung kommen, daß die Reichstagsfraktion ihr nur gerecht werden kann, wenn sie die neue Notverordnung, so wie sie gegenwärtig ist, ablehnt und mit aller Kraft für ihre entscheidende Umgestaltung kämpft. Andernfalls würde die Fraktion dem Willen der Gesamtpartei nicht gerecht werden. Es könnte schon zweifelhaft sein, ob die Fraktion diese Richtlinien nicht verletzen würde, wenn sie eine Notverordnung hinnehmen würde, die den Inhalt hätte, der den Ankündigungen über die Notverordnung entsprechen würde. Nicht zweifelhaft sein kann es aber, daß die Notverordnung so, wie sie nun wirklich aussieht, von uns nicht hingenommen werden kann. Denn die Notverordnung sieht in Wirklichkeit nicht nur wesentlich anders aus, als nach den Ankündigungen erwartet werden mußte, sondern sie ist auch zweifellos ein äußerst reaktionäres Gesetz, bringt schwere Neubelastungen der Arbeiter und ist in höchstem Maße sozial ungerecht. Vor allem ist die Krisensteuer in unerträglicher Weise ungerecht und sodann ist der starke Abbau der Arbeitslosenversicherung, den sie birgt, in der gegenwärtigen Notzeit geradezu eine Proskription der notleidenden Arbeitnehmerschaft. Und das, nachdem die Arbeiterklasse bereits wiederholt aufs stärkste belastet und, unter Schonung des Besitzes, einseitig zur Deckung der früheren Defizite herangezogen worden ist. Das Maß ist nicht nur voll, es ist jetzt bereits übergelaufen. Deshalb kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Reichstagsfraktion dem Willen des Parteitags und den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten der Stunde nur gerecht werden kann, wenn sie mit aller Kraft den Kampf gegen dies sozialreaktionäre, arbeiterfeindliche Gesetzeswerk aufnimmt und den ersten Versuch macht, seine entscheidende Umgestaltung im Sinne der Arbeiterklasse zu erreichen.

Das kann aber nur auf parlamentarischem Wege geschehen. Denn dazu ist mindestens eine eingehende Ausschussberatung notwendig. Infolgedessen kann u. U. die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf die sofortige Einberufung des Reichstags nicht verzichten. Es wäre zwar völlig unklar, wenn man jetzt einfach die völlige und sofortige Aufhebung der ganzen Verordnung verlangen würde. Sie kann zunächst schon deshalb nicht in Betracht kommen, da das neue große Defizit in der Reichskasse und der Kasse der Arbeitslosenversicherung auf jeden Fall gedeckt werden muß, sollen nicht entsetzliche Wirkungen eintreten. Auch kann man (und muß dann freilich auch u. U.) über die Frage der völligen Aufhebung sich immer noch schlüssig werden, wenn die Beratungen des Reichstags entweder ganz erfolglos oder unbefriedigend bleiben sollten. (Womit freilich durchaus gerechnet werden muß.) Doch wird man auch dann die Aufhebung nur beschließen können, wenn man einen anderen Deckungsplan vorbereitet hat, der an die Stelle der Notverordnung treten kann, und die die Aufhebung beschließende Mehrheit des Reichstags muß dann diesen anderen Deckungsplan zum Gesetz machen. Selbstverständlich wird es sich um einen Deckungsplan handeln müssen, der zum mindesten den Besitz ebenso stark belastet wie die Arbeit und die Arbeitslosenversicherung im wesentlichen unangefastet läßt. Wie dem aber auch ist, die unverzügliche Nachprüfung der Notverordnung durch den Reichstag ist jedenfalls unerlässlich.

Gewiss ist die Einberufung des Reichstages sowohl allgemein

politisch als auch wirtschafts- und sozialpolitisch ein Sprung ins Dunkle. Denn, wie jetzt schon feststeht, werden diesmal die radikalsten Parteien wieder im Reichstag anwesend sein. Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag sind deshalb ganz unklar, vor allem im Hinblick auf die oben festgestellte Notwendigkeit, bei Aufhebung der Notverordnung für eine sozialere Erlassvorlage zu sorgen. Es ist daher sehr wohl möglich, daß im Reichstag zwar die Aufhebung dieser Notverordnung zustande kommt, daß aber der Erlass für sie noch unsozialer, noch arbeiterfeindlicher ausfällt, daß die Arbeitslosenversicherung noch härter abgebaut werden wird usw. Ferner ist es durchaus möglich, daß durch die Einberufung des Reichstages eine allgemeinpolitische Entwicklung eingeleitet wird, die für uns ungünstiger, ja u. U. sehr gefährlich werden kann. Genosse Abbe hat auf diese Möglichkeiten in seinem geistreichen Aufsatz mit Recht aufmerksam gemacht. Diese Möglichkeiten verschweigen hieße den Kopf in den Sand stecken, Vogel-Strauß-Politik treiben. Inbezug auf die Tatsache, daß diese Möglichkeiten und Gefahren bestehen, können doch die Notwendigkeit, den Reichstag einzuberufen, nicht aus der Welt schaffen. Außerdem sind die Verschlechterungen, die die neue Notverordnung den Arbeitern bringt, bereits so groß, daß die eben genannten Argumente gegen sie wesentlich an Gewicht verlieren haben. Sie sind zu groß, als daß man sie damit verbundenen Risiken willens auf den Versuch, sie zu beseitigen und eine bessere Regelung der Finanzfragen zu erreichen, verzichten werden kann. Ohne große Gefahren ist dieser Versuch sicher nicht, aber was ist in diesen Zeiten der Massennot überhaupt ohne schwere Gefahr?

Hinzu kommt, daß auch noch andere schwerwiegende Gründe für die Einberufung des Reichstages bestehen. Die Voraussetzungen für die Zustimmung unserer Fraktion zur Vertragung des Reichstages im März sind heute nicht mehr gegeben. Schon in unseren Darlegungen am Tage vor der Eröffnung des Parteitag haben wir festgestellt, daß seit dem März eine ganz neue politische und wirtschaftliche Lage entstanden ist. Die Brotpreis-erhöhung ist noch immer nicht vollständig rückgängig gemacht; die Gefahr neuer Erhöhungen besteht fort, da die Reichsregierung die vor 14 Tagen zugesagte Zollermäßigung immer noch nicht durchgeführt hat. Die in der Notverordnung enthaltenen Maßnahmen zur Senkung des Brotpreises (Minderung des Brotgehaltes und des Kaschbackwertes) sind ganz unzureichend. Vor allem ist aber auch außenpolitisch in der Zwischenzeit eine neue Lage entstanden und ist eine Einberufung des Reichstages auch aus außenpolitischen Gründen unerlässlich. Wenn die Reichsregierung tatsächlich die Absicht hat, die Reparationsfrage erneut anzuzuhlen, und das scheint nicht nur festzustellen, sondern auch unumgänglich zu sein, so bedarf sie dazu der Autorisierung durch die Vertretung des deutschen Volkes, wenn sie von den anderen Mächten gehört werden will. Auch ist es dann dringend notwendig, daß zuvor die Methoden für die Durchführung dieser Aktion in gemeinsamer Beratung gründlich durchgeprüft und die besten festgestellt werden. Das ist um so notwendiger, als in der letzten Zeit die Reichsregierung in der Außenpolitik un-gemein schwere Fehler gemacht hat. Die Politik der Isolation war unter den obwaltenden Verhältnissen zurzeit ein schwerer Fehler und hat sich überdies selbsterfüllt. Sie wird zurzeit völlig aufgegeben werden müssen, soll eine Neuaufstellung der Reparationsfrage, das Streben nach Revision des Youngplans Aussicht auf Erfolg haben. Eine völlige Neuorientierung der deutschen Außenpolitik erweist sich immer mehr als notwendig. Ohne Zustimmung des Reichstages ist eine solche aber nicht möglich.

Diese Veränderung der außenpolitischen Lage, zumal das erneute in den Vordergrundtreten der Reparations- und Schuldenfrage und des Problems des internationalen Kapitalausgleichs muß auf die Dauer auch die innenpolitische Lage stark beeinflussen. Die Deutsche Volkspartei wird z. B. ihre Revisionspolitik nicht erfolgreich durchführen können, wenn sie weiter der Macht-ergreifung des Faschismus in Deutschland Vorstoß leistet, wie sie es im Augenblick wieder tut. Wirtschaftlich- und politische Zustände des Auslands sind nur zu erreichen unter Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie und bei Zurückdrängung des radikalsten Nationalismus. Trotz des gegenwärtigen Siebengangs des rechten Flügels der Regierungsparteien im Reich mit den Nationalsozialisten ist daher anzunehmen, daß die außenpolitische Entwicklung bald zu einer konsequenten Zerhaltung der deutschen Forderungen von der Macht zwingen wird. Eine von den Nationalsozialisten mitgeleitete oder geführte Reichsregierung und eine Revision des Youngplans schließen sich gegenseitig aus. Dadurch aber werden die

politischen Gefahren, die mit der Einberufung des Reichstages verbunden sind, mindestens etwas verringert.

So scheint uns, daß es politisch richtig und notwendig ist, daß die Sozialdemokratische Fraktion den Kampf gegen die neue Notverordnung auf der ganzen Linie eröffnet und zu diesem Zweck zunächst auch für sofortige Einberufung des Reichstages eintritt.

Zur Erläuterung des Hinweises, in den vorstehenden Ausführungen auf den Antrag Rüstler-Ausführer, den der Parteitag mit überwiegender Mehrheit angenommen hat, drücken wir nachstehend noch einmal die entscheidenden Abhänge der Resolution ab. Sie lauten:

Eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die statt der Erzielung ausreichender Einnahmen die Vermittlung und Armen

in ihrer fargen Lebenshaltung durch weiteren Aufbau nach mehr herabdrückt, würde auf den entscheidenden Punkt der Sozialdemokratie stoßen.

Ebenso wendet sich der Parteitag gegen eine Neu- die auch noch die aus der Versicherung bereits ausgehenden einer Verschlechterung der Unterhaltungsbedingungen. Nach wie vor muß vielmehr die Vereinheitlichung der fürsorge und der gemeindlichen Erwerbslosen-Vorsorge einer allgemeinen Reichsarbeitslosen-Vorsorge dringend werden.

Schon bedroht der kommende Winter Millionen der Wirtschaftskräfte mit steigender Not und wachsender elendung, ein weiterer Abbau der Versorgung müßte die Grenze der Verzweiflung treiben. Die Sozialdemokratische Partei wird in ihrer künftigen Tätigkeit zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt die lebenswichtigsten Interessen zu sichern.

Allgemeine Opposition gegen die Notverordnung

Die Beamten und Behördenangestellten wehren sich

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Warenverkehrs bezeichnet die jüngste Notverordnung der Reichsregierung in einer Zuschrift an uns als „einen unerschönten Eingriff in das tarifliche Recht der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, wie er in der Geschichte des Arbeitsrechtes noch nicht dagewesen ist“. Trotz der in den letzten Wochen durchgeführten Lohnsenkungen, die ohnehin für heute noch beruhigend auf die weitesten Kreise der Arbeiterschaft wirkten, sei der neue frontale Angriff sowohl gegen die tariflich festgelegten Löhne als auch gegen die Sozialerwerbsschaften in der neuen Notverordnung erfolgt. Zu diesem „ungeheuerlichen Akt“ auf die Rechte der Arbeitnehmer komme nun noch die Ermäßigung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bis zu 40 Stunden zu senken, so daß damit eine weitere erhebliche Schmälerung des Einkommens verbunden sei.

Sein Gesamturteil über die Notverordnung faßt der Vorstand des Gesamtverbandes wie folgt zusammen:

Die katastrophale Verminderung der Einkommen von 2 Millionen Arbeitnehmern bedeutet nicht nur volkswirtschaftlich eine erhebliche Minderung der Produktion, hat also neue vermehrte Arbeitslosigkeit im Gefolge, sondern sie bedeutet auch einen Angriff auf den gesamten Lebensstandard, sowie auf die tarifliche Rechte der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Dagegen wendet sich der Gesamtverband. Denn diese Bestimmungen sind für seine Mitglieder unerträglich. Er sieht darin gleichzeitig die große unmittelbare Gefahr einer zweiten Lohnabbau-Welle, die sich automatisch auf die Privatindustrie auswirken muß. Der Gesamtverband wird alle geeigneten Schritte unternehmen um die Abwehr-Aktion erfolgreich zu gestalten.

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes nahm in der Sitzung vom 9. Juni „zu der neuen Notverordnung mit ihren katastrophalen Folgen für die Beamten- schaft Stellung“. Angesichts der „grundtätigen Bedeutung der Notverordnung und ihrer verhängnisvollen Wirkungen fordert die Bundesleitung den baldigen Zusammentritt des Reichstages.“

Ämlich wird mitgeteilt: In einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister trugen Vertreter der Organisationen der Behörden-Angestellten am Dienstag ihre Bedenken gegen die Auswirkungen der zweiten Gehaltskürzungsverordnung auf diese Angestellten vor. Sie forderten eine Abänderung der Notverordnung dahin, daß auch die Behörden-Angestellten von der Gehaltskürzung der Krisen-Lohnsteuer unterworfen werden sollten, falls eine neue Belastung dieser Angestellten auf keine Weise vermieden werden könne. Gleichzeitig wurde von den Organisationen die alsbaldige Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei den Reichsverwaltungen auf 48 Stunden als unumgänglich notwendig bezeichnet.

Die sächsische Regierung übt scharfe Kritik

Dresden, 9. Juni (Eigener Drahtbericht)

In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtags wurde mitgeteilt, daß der kommunistische Abgeordnete Behner sein Mandat niedergelegt habe. Behner spielte früher in der sächsischen SPD eine führende Rolle. Er ist aber offenbar bei den Thüringern in Ungnade gefallen und wurde deshalb abgehalftert.

Im Verlauf der Begründung eines Gesetzes über den sächsischen Finanzausgleich übte der sächsische Minister des Innern, Richter, scharfe Kritik an der neuen Notverordnung der Reichsregierung. Er sagte unter anderem, die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bringe nicht die Beseitigung der Belastung mit dem Krisenfrüchtel, nicht die Über-nahme der Unterhaltung der Wohlfahrts-erwerbslosen auf das Reich oder deren Einbeziehung in die Krisenfrüchtel. Sie bringe lediglich die Anordnung, daß die Ersparnisse aus der Gehaltskürzung bei den Gemeinden ganz, beim Land mindestens zu

15 Prozent für die Wohlfahrtsfrüchtel Verwendung finden und sie stelle vom 1. Oktober des Jahres ab auf je 10 Millionen Mark in Aussicht, die an diejenigen früchtelverbände verteilt werden sollten, in denen die Wohlfahrts-erwerbslosen am 31. März 1931 höher gewesen sind als 75 Prozent des Reichsdurchschnittes. Man werde es als einen Fortschritt ansehen müssen, daß nunmehr das Reich die Verpflichtung zur Hilfe anerkannt habe, die getroffene sei aber nach Ausmaß, Art und Zeitpunkt unbedingt un- und werde nur den befriedigen können, der überhaupt helfendes Eingreifen des Reiches zu glauben verlernt hat.

Brüning und die Umsatsteuer

Der Reichsarbeitsminister hat dieser Tage über einem Vertreter des „Echo vom Niederrhein“ Duisburger Zentrumsblatt, erklärt, daß Dr. Brüning in den letzten Wochen mehreren Seiten gegenüber mit der Eindeutigkeit erklärt habe, die Erhöhung der Umsatsteuer in der gegenwärtigen Stunde würde seinen Zweck nicht ziehen. Die Umsatsteuer sei referiert werden dafür, daß Komplikationen in reparationsfrage eintreten sollten, oder aber dafür, daß die Steuer der Länder, die Hauszinssteuer, weiterhin katastrophal zusammenstürze.

Der „Deutsche“ gegen ein Direktorium

Die dunklen Pläne der Schwerindustrie

Das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“, wendet sich in seiner Mittwoch-Ausgabe gegen den Plan eines Direktoriums, wie er wieder einmal von schwerindustrieller Seite propagiert wurde und in den letzten Jahren immer propagiert worden ist, so oft die Situation grenzlos wurde. Das Blatt, das gute Beziehungen zum Reichsarbeitsminister unterhält, schreibt unter anderem:

Wir sind überzeugt, daß die einen schon ein jenseitiges Direktorium und die anderen schon ihre Kabinette fertig auf dem Papier stehen haben. Es wird verhandelt und gerant, man hat man Ausland-Führung genommen und wälzt „neue Pläne“ man hört schon Termine, bis zu denen das neue Regime sein soll. Der nächste ist der 31. Juli. Auffallend ist man keine Namen erzählt; man hört nur die tröstliche Äußerung, die nötigen Männer würden zur rechten Zeit da sein. Ja, ja, sehr ja. Man mag zu Brüning und zu Kabinett sehen wie man will; aber welchen Nutzen man sich versprechen von einem Direktorium das von der Schwerindustrie kommt? Direktorium wäre offener Diktatur gleichzusetzen, einer höchst parti- und sozialreaktionären Diktatur. Ein Wahnsinn!

Was die Schwerindustrie will, ist langem klar. Sie wünscht, daß insbesondere die Bestimmungen und die über die Arbeitszeit mit Federkürzung beseitigt werden. Dieses Ziel wird die Industrie auf parlamentarischem Wege nicht erreichen. Ihr Schrei nach dem Direktorium. Sie spricht von Direktorium, um dem Volk die Sache schmackhafter zu machen. Über sie beabsichtigt eine Diktatur der Schwerindustrie. Folge wäre eine völlige Entrechtung der Arbeiterklasse!

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern man die selbsterwärmende und kühlende Leodor-Fett-Creme. Tube 60 Pf. und 30 Pf. Wirklich unterhält durch Leodor-Gesichtes Creme 50 Pf. In allen Apotheken-Verkaufsstellen.

Theo Tass Trill

Der große Lügner

Eine deutsche Heldengeschichte von Erich Herrmann. (Copyright 1931 by Schlesierdruck G. m. b. H. Breslau.)

41) (Nachdruck verboten)

„Dieser Lämmel...!“
„Sie meinen Theo Tass Trill?“
„Ich sehe, Sie sind auch voringenommen! Kommt' Ruthe! Hier haben wir nichts zu suchen. Und Sie, Herr Trill, werden es ja auch vorziehen, die Schule unter sich zu lassen!“
Theo Tass Trill zog es vor, Pastor Lämmchen schleunigst zu folgen.

„Hinaus in die Ferne mit lautem Hörnerklang!“ brumste die Stadtkapelle. Die Kinder saugen fröhlich mit. Der Streitfall hatte sie wenig genug berührt. Das Schönste stand ja noch bevor.

„Gesessen haben die Hiebe!“ meinte philosophisch abgeklärt, Schlächter Ossensiebert und sah dem Pastor nach, der in Begleitung seiner Tochter nach Theo Tass Trill der Stadt zustrebte.

„Und was soll nun geschehen?“ fragte Marie Dolderlein den Konrektor, dem sie harrganz den Vorfall geschildert hatte. „Ich kann das doch unmöglich auf mir sitzen lassen!“
„Hm!“ erwiderte der Gefragte. „Das muß ich mir noch überlegen. Fürs Erste stecken Sie einmal den Mosen Behringer eine Mark zu, damit der arme Schlucker seine Braut wider Willen heute ausführen kann.“

Der Zug der Kinder war noch rechtzeitig von Bloomsdahl heimgekommen. Die Gut des Sommerlagers brante am Spinnrad ein Gewitter aus, das Lügner, in Schichten über geballt,

am Nachhimmel heraufstieg. Wetterleuchten flammte in der Ferne auf. Von Minute zu Minute kam das Donnerrollen näher. Jeden Augenblick mußte der Regensturz losbrechen.

Kann saßen die Mädchen in ihren Stuben in Pudelwitz, stieg der Sturm in der Ferne auf. Die Baumwipfel ächzten und karrten. Staubwolken jagten als Vorreiter voraus und legten Straßen und Gassen blitzblank.

Maddelmann ging nach den Schulstuden und vertiegelte die Fenster. Als er den Hof überquerte, schickte er einen Blick nach der Konrektorwohnung hinüber, ob der Alte nicht etwa durch offenes Fenster den Blitz auf das Schulhaus herabziehen beabsichtige. Natürlich brannte noch Licht, wie sich beim Gewitter gehörte, aber die Fenster waren geschlossen.

Maddelmann ging zufrieden in seine Wohnung und legte sich dem Feuerwehrrück, das Köppel, den Helm und die Art für alle Fälle zurecht.

„Na kann's irgendwo einschlagen“, sagte er zu seiner Frau. „Ich bin parat! Mach' mir noch einen Grog, denn nach einem Gewitter ist es immer kühl.“

Er trank seinen Grog, setzte sich in die Sofaecke und begann nach wenigen Minuten zu schnarchen.

Oben in der Konrektorwohnung schnarchte man zwar noch nicht, aber es war so still, daß man das Ticken der Standuhr hörte. Der Konrektor saß am Schreibtische und las in einem Foliante. Marie Dolderlein kälte an den Hauswänden, die sie dem Konrektor unter dem Weihnachtsbaum legen wollte. Während sie auf die Sturmorgel hörte, wanderten ihre Gedanken den Tag zurück. War es nicht wie immer trüblich und friedlich hergegangen? Bis auf den Ärger mit Theo Tass Trill?

Marie Dolderlein gab sich einen Ruck. „Ich muß noch mit Ihnen sprechen, Herr Konrektor!“ sagte die Frau entschlossen. Ihr Gesicht wurde ernst. Die Stimme klang verschleiert. Lag nicht auch ein Zittern der Erregung drin?

Der Konrektor hörte es jedenfalls heraus. Ihm lief es ein Unbehagen über den Rücken. Nur zögernd wandte sich um und sah ihr ins Gesicht. Was kam nun noch für Unheil mit dem Gewitter heraufgezogen?

Schlecht aufgelegt fragte er: „Was haben Sie denn dem Herzen?“

„Was sollte das von Theo Tass Trill bedeuten? Sie doch bloß...? Ewald hat ihn nicht ausreden lassen.“
„Hm!“
„Brummen Sie nicht wieder. Das ist sehr ernsthaft.“
„Hm!“

„Was meinte der Junge? Wenn es etwas Schlimmes kann ich nicht länger bei Ihnen bleiben. Die Pudelwitz werden sagen, daß ich mir's nicht ohne Grund eingest habe. Und dann?“
„Hm!“

„Hm! Und immer wieder: Hm! Wir können uns das nicht gefallen lassen. Haben wir uns etwas vorzuwerfen?“
Marie Dolderlein zitterte. Ihre Augen blinkten Tränenwasser. Der Konrektor sog an der Pfeife und schickte Rauchstrahlen gegen die Decke. Endlich neckte er: „Bis den Kuß, den ich Ihnen in der vorigen Woche gab, ist etwas zwischen uns vorgekommen.“

„Nun erinnern Sie sich daran.“
„Und Sie haben damals ganz still gehalten.“
Sie wurde böse, stand auf und ging nach der Tür. Mar Lichtschlag sah, wie sie den Schürzenzipfel an die Augen nahm.

„Hierbleiben!“ befahl er. „Sie haben recht, daß wir Klugheit schaffen müssen. Aber wenn Sie wieder entwischen können wir uns nicht aussprechen.“
„Wenn Ihnen alles gleichgültig ist“, widersprach sie, „aber im Türrahmen stehen. Sie wissen gar nicht, wie ein Mädchen zumute ist.“

„Setzen Sie sich zuerst wieder auf Ihren Sofaplatz und dann hören Sie mich einmal ganz ruhig an...“

(Fortsetzung folgt)

Briand zum Stahlhelmtag und zur Reparationsfrage

Abgabe Aufnahme der Stahlhelmprovokation - Gegen Venderung des Young-Planes

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.)
In der französischen Kammer kam es am Dienstag an dem Antrag des Abgeordneten Lorin zur Interpellation über den Stahlhelmtag zu einer außerpolitischen Debatte. Überall im Saal, so begründete Lorin seine Interpellation, gebe es keine Provokation, deren Mitglieder auf den Krieg gedrückt seien. Man halte ihm vor, daß der Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie den Stahlhelmtag verurteilt habe, aber man habe auch dort den Verzicht auf die Reparationen gefordert und die Reichstagsabgeordneten gewarnt, die sich gegen die Reparationen für den Panzerkreuzer auszusprechen hätten. Die Zollvereinbarungen seien ein politisches Problem und kein wirtschaftliches.

Der sozialistische Abgeordnete Gumbach sprach Ausführungen Lorins sofort entgegen. Er habe den Stahlhelmtag nicht und könne nur sagen, daß die Leipziger Abgeordnete ebenfalls bedeutend gewesen sei, wie die Stahlhelmprovokation in Breslau. In Bezug auf die Reparationen erklärte der Reichstagsabgeordnete Schömann, daß die Reparationen auf dem Lande schwer seien, aber die Verträge nicht geändert werden müßten, solange sie nicht abgeändert seien. Er sei eine Antwort auf Breslau gewesen. Gewiß dürfe man nicht nationalistische Deutschland nicht überlegen, aber man müsse das andere Deutschland betrachten. Es berechtige zu der Hoffnung, daß es mit den nationalistischen Kreisen Schluß mache. Briand erklärte, daß die Breslauer Kundgebung 600.000 Stimmen und verurteilt werden müsse. Aber nicht 150.000, sondern höchstens 80.000 hätten an dieser teilgenommen. Allerdings wäre auch das schon beträchtlich. In den Reden seien zwar keine Angriffe zum Krieg, aber heftige Angriffe gegen die Regierung Brüning enthalten gewesen, weil sie zu einer Verringerung der Grenzen im Osten durchzugehen wolle. Eine Verringerung hätte nach den Versäumnissen verbietet werden müssen. Von dieser Ansicht seien die demokratischen Personen Berlins durch die fran-

zösische Regierung bereits in Kenntnis gesetzt worden und er, Briand, glaube, daß diese Ansicht von der Reichsregierung geteilt werde. Trozdem müsse man derartige Kundgebungen mit ruhigem und gesundem Menschenverstand betrachten, ohne sich von der Friedenspolitik ablenken zu lassen. Der Friedensgedanke hat in Deutschland schon große Fortschritte gemacht. Ueber die Reparationen könne Deutschland seine eigenen Gedanken haben, aber Frankreich habe auch seine Gedanken. Der Young-Plan könne nicht abgeändert werden, er habe einen endgültigen Charakter. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Vor der außerpolitischen Debatte beschloß die Kammer auf Antrag der Regierung mit 327 gegen 257 Stimmen die sozialistische Interpellation über das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten bei der Kundgebung Briands aus Genf zu verlegen. Daran bedauerte die Zwischenfälle, bedauerte aber die Polizei in jeder Beziehung. Sie habe durchaus ihre Pflicht getan. Die Besprechung der Interpellation Franklin Bouillon's über die Unmöglichkeit Briand als Außenminister weiter dem Cabinet angehören zu lassen, wurde auf Verlangen des Ministerpräsidenten ebenfalls mit 314 gegen 252 Stimmen abgelehnt.

Der Vossius in der gestrigen Rede Briands über die Reparationsfrage hat folgenden Wortlaut:

„Was die Reparationen angeht, so kann Deutschland darüber keine eigenen Ideen haben; wir aber haben unter Recht und man kann feierlich unterzeichnete Verträge nicht aufheben, ohne daß wir zustimmen. Der Young-Plan kann nicht geändert werden, denn er hat einen definitiven Charakter; er ist noch ganz frisch und man darf ihn nicht in Frage stellen. Neben mir daher nicht von neuen Revisionen, von neuen Reparations-Konferenzen. Der französische Außenminister ist jedenfalls in dieser Richtung nicht gefragt worden. Wäre dies geschehen, so hätte er sich nicht engagiert, ohne vorher sein Parlament zu Rate gezogen zu haben.“

Macdonald und Henderson kommen nach Berlin

London, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Dienstag-Abendblätter melden, daß außer Henderson auch Premierminister Macdonald der Einladung des Reichstanzlers, nach Berlin zu kommen, Folge leisten werde. Macdonalds Besuch wäre nach der Bitte des Reichspräsidenten in Amerika kurz nach seinem Amtsantritt der offizielle Auslandsbesuch. Wann der Besuch stattfindet, ist nicht bekannt. Ende Juli reist Macdonald voraussichtlich zwecks Teilnahme an dem Internationalen Sozialistenkongress nach Wien.

Der „Daily Herald“ erwartet, daß die Reichsregierung nach den Besprechungen mit den Parteiführern und Reichspräsidenten ein Memorandum unter den Bedingungen des Young-Planes erklären werde, so daß mit Rücksicht die dreimonatliche Frist, die der Young-Plan zur Einstellung Transfers vorsieht, die Zahlungen für den verbleibenden Teil Young-Annullität (etwa 1020 Millionen Mark) im Oktober gestellt werden würden.

Die Zustände im Aachener Kohlenrevier

Das Grubenunglück von Ahsdorf im Hauptauschub des preussischen Landtages

Der Hauptauschub des preussischen Landtages beschäftigte sich am Montag abend mit den von den einzelnen Fraktionen eingebrachten großen Anfragen über das Grubenunglück in Ahsdorf. Mit der Beratung wurden kommunistische Anträge, die Maßnahmen gegen die Abbaumethoden in den Gruben des Eschweiler Bergwerkvereins im Aachener Steinkohlenrevier. Ferner gegen die Behandlung von arbeitslosen und obdachlosen Bergarbeitern in der Gemeinde Ahsdorf eine strenge Bestrafung verlangen für die an dem Einsturz der Zuhningerbrücke auf der Grube Marianna Beteiligten.

Der Leiter des Gruben-Sicherheitsamtes, Ministerial-Rat Kothe, wies in längerer Darlegung darauf hin, daß für Arbeit im Aachener Revier neue Bestimmungen erlassen seien, die die weiteren Unfälle möglichst verhindern sollen, die herausgestellt habe, daß die bisherigen Bestimmungen für Aachener Bergbau nicht ausreichen.

Mit zur Beratung stand ein Antrag des Zentrums, nach dem preussische Berggesetz durch eine anderweitige Fassung des § 84 Ziffer 8 in dem Sinne geändert werden soll, die Kündigung von Bergarbeitern, die wegen Krankheit bei dem Bergbau bleiben, an die Voraussetzung geknüpft wird, daß sie sich um Heilung bemühen, die zur Fortsetzung der Arbeit nach Gutachten nicht nur vorübergehend, sondern dauernd unfähig oder mit einer anhaltenden Krankheit behaftet sind. Die Forderung wird heute fortgesetzt.

Sozialistische Bildungsarbeit

Richtlinien des Parteitags für die sozialdemokratischen Arbeitskreise

Der Parteitag hat auf Antrag von Parteivorstand und Parteiauswahlgremium die folgenden Richtlinien für die Zusammenfassung der sozialdemokratischen Arbeitskreise angenommen:

1. Zur Herbeiführung größerer organisatorischer Einheitlichkeit und sachgemäßer Mitarbeit in der Partei und zur wirksamen Werbung wird der Reichsausschub für sozialistische Bildungsarbeit die Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Arbeiter und Lehrerinnen, Ärzte, Juristen, die sozialistische Hausfrauenvereine und ähnliche Arbeitskreise in geeigneter Weise im Arbeitsgebiet einbeziehen.
2. Im Rahmen des Reichsausschusses nehmen die Arbeitskreise an allen allgemeinen Aufgaben der sozialistischen Bildungsarbeit teil. Daneben sollen sie im Zusammenwirken mit dem Reichsausschub auf Grund ihrer lokalen Eignung die besonderen Aufgaben fördern, die der Partei aus dem Erziehungs- und Kulturprobleme, aus der Rechtspflege und dem Verwaltungsprobleme, aus dem Gesundheitswesen und aus sonstigen Sonderproblemen des öffentlichen Lebens erwachsen. In diesen Zwecken sollen mit Zustimmung des Reichsausschusses lokale Arbeitsgruppen gebildet, Bildungsturse eingerichtet, Gutachten erarbeitet, Beratungen veranstaltet und sonstige geeignete Maßnahmen getroffen werden. Falls der Partei dadurch Kosten entstehen, sind in jedem Einzelfalle die Zustimmung des Reichsausschusses einzuholen.
3. Für die Arbeitskreise gelten folgende Bestimmungen: Ihre Mitglieder müssen der Partei angehören. Sie haben in den Kreisen neue Mitglieder für die Partei zu werben. Kandidaturen der Arbeitskreise sind dem Reichsausschub regelmäßig und wichtige Veröffentlichungen vor der Weitergabe an den Parteivorstand zu übermitteln.
4. Die Zusammenfassung der Arbeitskreise nach Orten oder Berufen richtet sich nach den Bedürfnissen und ist in die Handlung der zuständigen Parteifunktionen gebunden. Sie hat die Aufgabe der Orts- und Bezirksbildungsvereine zu ersetzen.
5. Die „Sozialistische Bildung“ ist gemeinsames Organ der Arbeitskreise.

Ebenso wurden auf Antrag von Parteivorstand und Parteiauswahlgremium die folgenden Richtlinien für eine sozialistische Hochschulgemeinschaft angenommen:

1. Die Sozialistische Hochschulgemeinschaft will die Hochschulpolitik der Sozialdemokratischen Partei fördern und ihre studierende Jugend geistig, gesellschaftlich und wirtschaftlich fördern.
2. In die Sozialistische Hochschulgemeinschaft werden alle bestehenden oder in Bildung begriffenen Vereinigungen eingegliedert die die sozialistischen Studenten und ihre Einrichtungen unterstützen oder die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der sozialistischen Praxis fördern sollen.
3. Mitgliedschaft in der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft setzt die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei voraus. Die Satzungen der Sozialistischen Studentenschaft bleiben hiervon unberührt.
4. Die Organe der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft sind: das Präsidium, der Arbeitsauschub, der Sozialistische Hochschultag.

Das Präsidium, an dessen Spitze ein Hochschullehrer stehen soll, beruft der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Der Arbeitsauschub besteht aus 15 Mitgliedern. Sieben Mitglieder werden vom Sozialistischen Hochschultag gewählt, davon müssen vier dem geschäftsführenden Hauptvorstand der Sozialistischen Studentenschaft angehören. Weitere sieben Mitglieder beruft das Präsidium. Den Vorsitz führt der Präsident; er bestellt als ständigen Vertreter ein Mitglied des Präsidiums. Der Sozialistische Hochschultag wird vom Präsidium und Arbeitsauschub einberufen.

Kirchenvertrag im Ausschub angenommen

Der Hauptauschub des preussischen Landtages stimmte am Dienstag mit 14 gegen 3 Stimmen dem Vertrag des Staates mit den evangelischen Kirchen zu. Die Sozialdemokratie enthielt sich der Stimme.

Wahrlich ein Idyll

Ipsos, 9. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
In dem benachbarten Postleider Lager wurden in einer Wirtschaft drei Fahrräder gestohlen. Als die Bestohlenen dem anwesenden Landjäger Anzeige erstatten wollten, war der Mann so betrunken, daß er als Antwort nur festlegte „Heil Hitler!“ Hammeln konnte. Vorher hatte er als Kapellmeister bei einer Gruppe singender Nationalsozialisten fungiert. Am nächsten Morgen hatte der Landjäger seinen Rausch noch immer nicht ausgeschlafen, so daß eine nochmalige Anzeige von seinem Sohn angenommen werden mußte.

Dieses Idyll aus einem holsteinischen Landflecken findet ihr Nebenstück bei der Gemeindeverwaltung in Sipst, wo zwei Kommunisten gegen den Sozialdemokraten und für einen Unternehmer stimmten, von dem man weiß, daß er Nationalsozialist ist. Der Nazi-Mann ist mit einer Stimme Mehrheit gewählt worden.

Wie die Nazis und Deutschnationalen die Kriegssopfer im Stich lassen

Sie lassen die Petitionen monatelang unbeantwortet

Der Kriegsschicksal des Auschubs des Reichstages hielt am Dienstag eine Sitzung ab, die in erster Linie infolge des Umhanges erheblich geworden war, daß die parlamentarische Tätigkeit der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion sich seit Monaten durch die Kriegsschicksal des Auschubs im Reichstag verlangsamt hat. Die Arbeit über den Bestreben anderer Fraktionen zu überlassen.

Die Schweiz beschließt Aufhebung der Todesstrafe

Bern, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die erste Kammer des Schweizer Parlaments hat am Dienstag bei der Beratung des ersten einheitlichen schweizerischen Strafgesetzes mit 22 gegen 14 Stimmen die Aufhebung der Todesstrafe beschlossen. Der schweizerische Justizminister erklärte sich für die Aufhebung der Todesstrafe.

Nazi-Franzen in Finanznöten

Er hat Braunschweigs Kredit systematisch zerstört
Braunschweig, 9. Juni (Eigener Drahtbericht.)

Der Braunschweiger Naziregierung ist es immer noch nicht gelungen, einen Kredit zur Abdeckung ihrer von Woche zu Woche steigenden Schulden aufzunehmen. Die Verhandlungen mit einer großen deutschen Bank über die Aufnahme einer Anleihe haben sich zerfallen, als nähere Einzelheiten über die von den Nazis verursachte katastrophale Finanzlage des Landes Braunschweig in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Die Kreditwürdigkeit des Landes ist durch die Willkürmaßnahmen der Nazi-Regierung, die systematisch alle republikanischen Beamten pensioniert und durch Feinde der Republik ersetzt, völlig untergraben. Die Pensionslasten sind für Braunschweiger Verhältnisse bereits ins Gigantische gestiegen. Allein im Monat April wurden 1.081.000 Mark für Ruhegehälter ausgegeben. Der Fehlbetrag für 1931 ist inzwischen auf 4,5 Millionen Mark gestiegen. Selbst die Braunschweiger Staatsbank hat sich geweigert, der Nazi-Regierung weitere Kredite einzuräumen.

Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung in Frankreich

Paris, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Aufgrund einer vom französischen Arbeitsminister erlassenen Verordnung ist die Dauer der Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung von fünf auf sechs Monate verlängert worden. Der Erlass ist zeitlich nicht begrenzt.

Ein Sieg des Rechts über die Verleumdung

Genf, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die heute ausgegebene amtliche Mitteilung über die endgültige Anstellung von Dr. Egon Wertheimer ist erfreulicherweise viel weitergehend als unsere erste Information Mitte dieser Woche. Wertheimer ist ohne jede Bedingung als deutsches Mitglied der Informationsabteilung nach Ablauf seines Probejahres bestätigt worden. Man wußte ja, daß sich die deutsche Regierung selbst nach der Ratstagung noch eine Behörde ausgeben hatte. Die Bestätigung von Berlin ist also nicht verjagt worden.

Nach all der infamen Hege nationalisierender Blätter ist die Bestätigung Wertheimers eine erfreuliche und positive Reinigung der vergifteten politischen Atmosphäre um diesen gewaltam konfrontierten deutschen „Fall“. Auch die häßlichen Kommentare, die an unsere erste einschränkende Meldung von der „Preussische“ und ähnlichen Presseerzeugnissen angehängt wurden, sind durch die Bestätigung zertreten worden. Wertheimer persönlich und die Sozialdemokratie sind durch die ehrenvolle Bestätigung aufrecht aus diesem unersreulichen Kampfe hervorgegangen.

Polens Schande

Abbruch der Voruntersuchung in der Breker Affäre
Warschau, 8. Juni.

Heute erfolgt der formelle Abbruch der Voruntersuchung im Verfahren gegen die Oppositionsführer, deren Einlieferung und grausame Behandlung in der Festung Breker-Bitowsk im vorigen Herbst weit über die Grenzen Polens hinaus so stark aufsehen und lebhafteste Proteste hervorgerufen hat. Bei den letzten Vernehmungen waren die Beschuldigten in Begleitung ihrer Verteidiger beim Untersuchungsrichter erschienen, doch hat dieser erklärt, daß er die Anwesenheit eines Rechtsanwalts während des Verhörs nicht zulasse. Einer der Beschuldigten, der sozialistische Sejmabgeordnete Liebermann, gab daraufhin die folgende Erklärung zu Protokoll: „Seit meiner Verhaftung bis zur Entlassung aus dem Militärgefängnis in Breker-Bitowsk habe ich so Grauenhaftes erlebt, daß ich die Verteidigung meiner Person und meiner Rechte in Anwesenheit meines Anwalts für notwendig halte. Auf Auslagen in Abwesenheit des Verteidigers lege ich keinen Wert und verzichte auch auf die Einsichtnahme in die Akten der Voruntersuchung.“ Die Untersuchungsakten sind in sechs Bänden niedergelegt, deren jeder mehrere Hundert Seiten umfaßt. Die erste Gerichtsverhandlung dürfte nicht vor dem September zu erwarten sein.

Die Nazis und Deutschnationalen lassen die Kriegssopfer im Stich

Sie lassen die Petitionen monatelang unbeantwortet

Der Kriegsschicksal des Auschubs des Reichstages hielt am Dienstag eine Sitzung ab, die in erster Linie infolge des Umhanges erheblich geworden war, daß die parlamentarische Tätigkeit der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion sich seit Monaten durch die Kriegsschicksal des Auschubs im Reichstag verlangsamt hat. Die Arbeit über den Bestreben anderer Fraktionen zu überlassen.

Die Nazis und Deutschnationalen lassen die Kriegssopfer im Stich. Sie lassen die Petitionen monatelang unbeantwortet. Der Kriegsschicksal des Auschubs des Reichstages hielt am Dienstag eine Sitzung ab, die in erster Linie infolge des Umhanges erheblich geworden war, daß die parlamentarische Tätigkeit der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion sich seit Monaten durch die Kriegsschicksal des Auschubs im Reichstag verlangsamt hat. Die Arbeit über den Bestreben anderer Fraktionen zu überlassen.

Breslauer Johannisfest

Die Johannisfest-Zeitung mit dem offiziellen Festprogramm ist ab morgen überall erhältlich

Das Fest der schlesischen Heim
von Sonnabend, den 18. bis Sonntag, den 28. Juni, gegenüber der Jahrhunder
mit großer Raubtier-Schau
Dressierte Eisbären
Niegelebene Schauffellungen
Eröffnung
Sonnabend
nachm. 4 Uhr
Täglich große Sportk

Eintrittspreise ermäßigt: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf. Sonntagskarten für alle
Elitetage (Som- und Donnerstage): 30 Pf., Kinder 10 Pf. Erw. 2 Mk., Kinder 1 Mk.

Soweit Vorrat!
Donnerstag Freitag
Alles für 10

- Sockenhalter Paar 10 Pf.
- Stopfwist in Baumwolle 3 Rollen 10 Pf.
- Hosenträgerbiesen 3 St. 10 Pf.
- Gummiband gute Qualität ca. 70 cm 10 Pf.
- Halbleinenband 3 Stücke à 2 Mtr. 10 Pf.
- Schuhsenkel Zell-Spitze 65 cm 3 P. 10 Pf.
- Schuhsenkel kräft. Qual. 100 cm 3 P. 10 Pf.
- Gardinenkordel frei Lein. 7 Meter 10 Pf.
- 50 Blatt Butterbrotpapier feildicht 10 Pf.
- Romane, Erzählungen u. Novellen, z. Aussuch. St. 10 Pf.
- Toilettepapier gr. Rolle 10 Pf.
- 1 Tube Syndetikon St. 10 Pf.
- 25 Löschblätter 10 Pf.
- Reichstinte Flasche 10 Pf.
- 12 Stück Schulfedern 10 Pf.

- Dor praktische Herr-Stehumlegekragen mit Leinestoff-Auflage, moderne Form Stück 10 Pf.
- Kunstseidene Selbstbinder Stück 10 Pf.
- Leinenzwirn 4 Sterne 10 Pf.
- Maschinengarn 200-Meter-Rolle 10 Pf.
- Druckknöpfe sortier. Größ. 3 Dutzend 10 Pf.
- Näh- und Stopfmadein Mappe 50 Stück 10 Pf.
- Stopfpilze Stück 10 Pf.
- Perlmutterknöpfe 2 Karten 10 Pf.
- Wäscheträger Kunstseide Paar 10 Pf.
- 12 St. Schieferstifte 10 Pf.
- Drehbleistifte Stück 10 Pf.
- 10 Kreuzbände 10 Pf.
- 1 Mappe Leinenpapier Inhalt 5/5 10 Pf.
- 4 St. Künstlerkarten 10 Pf.
- Bilderbücher Stück 10 Pf.
- 3 Stück Oktavhülle 10 Pf.

- Normalfarbige Herren-Reise-Socken Schlauchform Paar 10 Pf.
- Kinder-Füßlinge schwarz, gute Baumwoll-Qual. für 4-6 J., durchw. P. 10 Pf.
- 1 Staubtuch in moll. Qual. Gr. 30/30, Stück 10 Pf.
- 1 Spültuch kräftige Qualität Gr. 53/35, Stück 10 Pf.
- 1 Topffappen mit Schürz. Stück 10 Pf.
- 2 Kindertaschentüch. mit Kordelkante 2 Stück 10 Pf.
- 1 Kindertaschentuch weiß, m. gewebt. bunt. Kante. St. 10 Pf.
- 1 Seiftuch a. hand. Kräuselstoff Stück 10 Pf.
- Küppelhemdpässen St. 10 Pf.
- Klöppelspitzen ca. 2 cm br. 2 Meter 10 Pf.
- Wäschestickerei ca. 5 cm breit, in hel. schön. Must. Met. 10 Pf.
- Stickerei-Träger Meter 10 Pf.
- Blusenbänder kunstseid. bi. gemust. 1 1/2 cm breit u. 1 m lg. Stück 10 Pf.
- Kindergürtel schwarz, rot u. weiß Stück 10 Pf.

- Verschiedenartige Damenkragen moderne Form, z. T. leicht angestrickt Stück 10 Pf.
- Vorgezeichnete Quadrate Größe 30x30 cm in schönen Kreuz- oder Spinnstich-Zeichnungen, St. 10 Pf.
- 4 Alum.-Eislöffel 4 Stück 10 Pf.
- 2 Alum.-Kaffeelöffel 2 St. 10 Pf.
- 1 Alum.-Eßlöffel Stück 10 Pf.
- 1 Küchenmesser Stück 10 Pf.
- 1 Gurkenhobel weibl. St. 10 Pf.
- 2 Rouladenhalter verzinkt Stück 10 Pf.
- 1 Glaskompottschälch. 10 Pf.
- 1 Glas-Kompottteller St. 10 Pf.
- 1 Glas-Zitronenpresse 10 Pf.
- 1 Glas-Zuckerschale 10 Pf.
- 1 Bierbecher glanz. Stück 10 Pf.
- 1 Wasserglas groß Stück 10 Pf.

- 1 Scheuertuch Größe 55x55 cm Stück 10 Pf.
- Damen-Strumpfhalter Paar 10 Pf.
- 1 Topfreiniger rind. St. 10 Pf.
- 1 Schmutzbürste Stück 10 Pf.
- 1 Handwaschbürste St. 10 Pf.
- 2 St. Kleiderbügel 2 St. 10 Pf.
- 2 St. Schnittbretter 10 Pf.
- 2 Porz.-Untertass. web. 2 St. 10 Pf.
- 1 Steing.-Obertasse 10 Pf.
- 1 Steing.-Speiseteller 10 Pf.
- 1 Steing.-Kinderbech. mit Bild Stück 10 Pf.

Photo: Für Ausweise, Pässe, Offizien usw. Ihr Bild für 10 Pf. 3 Stück 25 Pf.

Bresson
Waldschmid
1 Riegel Ia Kernseife ca. 150 g Stück 10 Pf.
1 Stück gute Toiletteseife mit versch. Geruch St. 10 Pf.
1 Stück gute Rasierseife Stück 10 Pf.
3 Tische Netzecht Stück 10 Pf.
1 Packchen Zahnpulver Pfefferminzgeschmack 10 Pf.
1 P. Schokolade Kakaogeschmack Stück 10 Pf.

AUSSTELLUNG UNSERE WOHNUNG
VOM 30. MAI - 28. JUNI 1937
AUSSTELLUNGSGEBÄUDE: SCHEITNIG

Eintrittspreis 50 Pfennig. Geöffnet täglich von 9-19 Uhr. Jede Eintrittskarte nimmt an der Ausstellungsloslerie teil.

STADTTHEATER
Mittwoch, 19.30-23
Abonn.-Vorstellung B 21
Leben des Dreiß
Donnerstag, 20.15-23
Die Zauberflöte
Freitag, 19.30-23
Abonn.-Vorstellung C 21
Das Weiden vom Montmartre

WAPPENHOF
Heute und täglich
4.30 Uhr
8.30 Uhr
2 Vorstellungen
mit dem mit allergrößtem Beifall aufgenommenen 1. Juni-Programm. — Bei schöner Witterung findet die Nachmittags-Vorstellung im großen Garten statt. Ab 8 Uhr.
2 Kapellen
Großer Ball. 2 Kapellen
Eintritt: Nachm. 30 Pf., abends 50 Pf.

LOBETHEATER
Täglich 20.15-22.20
Hera

THALIATHEATER
Täglich 20.15-22.20
Das Essentielle Argernis

AKAZAR
und
BROADWAY
GARTENSTR. 65
VERGNÜGLINGS-VARIÉTÉ-TANZ-PALASTE.

Druderei Volkswacht
fertig
moderne Druckmaschinen
Breslau 2, Kurfür. 4/6

Kaffeehaus Birkenwäldchen
an der Passbrücke, Haltestelle der Linien 1, 9, 18
Kaffeebetrieb
Tägl. Musik. Unterhaltung (auch Radioübertragung)
Anerkannt gute Küche, reichhaltige Speisekarte
Gutgepflegte hiesige sowie bayr. Biere u. Weine
Jeden Mittwoch: Eisbeine

Das ideale Park-Restaurant
mit Terrasse u. Kinderspielplätzen
(10000 qm) für Vereine und Gesellschaften ist das
„Elysium“ am Morgenauer Damm
Telefon 360 25

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend. Volkes. Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Bettfedern-Verte
zu haunend billigen Preisen
Reine Gänsefedern handgeschliffen
Allerbeste Sorte (schneeweiß, dünn)
Schneeweiße Vollbaunen
Bitte befristigen Sie mein Lager ohne Kaufpreis
Jos. Blumenfeld, Bres
Oberstraße 12, 1 Treppe / Tel. 5.

Empfängnisverhütung
MITTEL UND METHODEN
VON DR. HERMANN ROBERT
46. Seiten
150.000 EXEMPLARE VERKAUFT
IN VERBUNDENEN VERLAGEN
NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W. 8.
NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W. 8.
NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W. 8.
NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W. 8.
NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W. 8.
NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W. 8.

Volkswacht-Buchhandlungen
Breslau
Fürststraße 4/6 — Neue Graupenstr. 5

Im Westen nichts Neues
in Bildern
2.85
Zu beziehen durch Expedition der Volkswacht und Zeitungsträger

18. Volkswacht-Losziehung

- für soziale Zwecke
Ziehung 17. bis 23. Juni
- 2 vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50 000 RM
 - 2 Landhäuser im Werte von je 25 000
 - 2 Landhäuser im Werte von je 20 000
 - 2 Reisen um die Welt im Werte von je 10 000
 - 4 Automobile oder Vierzimmerwohnungen im Werte von je 5 000
 - 42 Motorräder im Werte von 28 000
- usw. usw.

Sämtliche Gewinne, vom größten bis herab zum kleinsten werden mit 99% bar Gold ausgezahlt (also nur 10% Abzug)

Los 2 1.00 Mark. **Doppellose 2.00 Mark.**
Nach auswärts Porto und Liste 35 Pf. extra

Albert Loeser Ohlauer Straße
Gegründet 1886 am Christophoriplatz
Postscheck Breslau 50

Durch meine Firma wurden in Volkswacht- und ähnlichen Privatlotterien schon zahlreich Hauptgewinne ausgezahlt, bis zum Höchstbetrage von RM. 100000.— auf Nr. 144 224 in der früheren Roten Kreuz-Lotterie. Die großen Gewinnmöglichkeiten der Volkswacht-Lotterie sind dadurch möglich, daß stets eine ganze Reihe sozialer und kultureller Vereine zu einer gemeinsamen Lotterie zusammengeschlossen wird. Der beste Beweis für die Güte der Volkswacht-Lotterie sind die zahlreichen Gewinne, die in den letzten Jahren ausgezahlt wurden. Die Volkswacht-Lotterien wurden noch nie verlegt, sondern fanden stets pünktlich statt.

Zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit
Schenke **buuge und gut Bucher**
VOLKSWACHT-BUCHHANDLUNGEN
Neue Graupenstr. 5 / Fürststr. 4

Die Vorgänge bei der Allgemeinen Orts-Krankenkasse

Legenden um den Neubau für 600 000 Mark - Die Tatarennachrichten von den Unregelmäßigkeiten gegenüber der Reichsversorgung - Was leistet die VOR, eigentlich? - Die Finanzkrise ist auf Wirtschaftskrise und Beitragsrückstände zurückzuführen.

Wochen steht die Allgemeine Ortskrankenkasse Breslau im Mittelpunkt öffentlicher Erörterungen in Breslau, die Feinde aller Sozialversicherung im Reich geben sich die größte Mühe, aus dimensionaler der Breslauer Krankenkassenverhältnisse irgendetwas zu schlagen. Die Revolverpresse, wie auch die des sozial-reaktionären Bürger- und Arbeiterpartei von Hitlers Gnaden eifrig bemüht, "rote Miswirtschaft" und die "rote Bonzenwirtschaft" unter Hinweis auf die Breslauer Allgemeine Ortskrankenkasse herzuführen zu können. Ganz Bewußt wird dabei die Wahrheit verflüchtigt, denn alle, die der Krankenversicherung feindselig gegenüber sind, sagen sich, daß ein solches Trommelfeuer schließlich doch einzelnen Versicherten mißtrauisch machen könnte. Das allein ist das Ziel, das mit dem Geschrei um Verfolgung verfolgt wird. Hat man die Versicherten erst durch überbracht, dann bedarf es keiner großen demagogischen Klugheit mehr, um Gläubige dafür zu finden, daß Krankenversicherung überhaupt Unsinn ist.

Wir haben auf die vielen Angriffe in der letzten Zeit geschwiegen, weil einzelne Blätter, lediglich Sensationsbedürfnis nachzukommen, nur Auszüge aus Verhandlungs-Berichten oder lediglich Vermutungen brachten. Bringen dafür heute in aller Ausführlichkeit den Bericht von maßgeblicher Seite.

Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte, Gewerkschaftsvertreter und Krankenkassenvertreter

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses einberufen, der bis zum letzten Platz besetzt war. Das Thema "Allgemeine Ortskrankenkasse" war auch für die Funktionäre der Gewerkschaften wichtig genug. Als Referent war Kollege Martin Wolf anwesend, der gleich einleitend darauf verwies, daß er in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied oder im Auftrag der Verwaltung referiere. Kollege Vogel behandelte das Thema dergehaltes, daß er es in drei Abteilungen gliederte, nämlich den Um- und Neubau bei der VOR, die Unregelmäßigkeiten bei der Abteilung Reichsversorgung und die Leistungs- und Beitragsfragen.

Um- und Neubau der VOR.

Seinen Ausführungen schiedte er die Feststellung voraus, daß "Sensationen" der Wochenpresse stark übertrieben sind und soweit irgendwo Ziffern genannt wurden, jeder Grundlage entbehren. Die hart umstrittene Frage des Themas Krankenkasse ist das Bauprojekt. Bei der Erörterung dieser Frage darf nicht von der Zeit zurückgegangen werden, sondern man muß die Verhältnisse der Zeit berücksichtigen, als der Um- und Neubau beschlossen wurde. Im Jahre 1926 zählte die VOR 40 000 Mitglieder und weil aus dem sich als ganz zwangsläufig entwickelnden Verkehr die Räume ausreichten, wurde der Neubau in der Vestingstraße aus-

geführt. Als aber im Jahre 1927 die Mitgliederzahl auf 160 000 gestiegen war, zu denen noch etwa 80 000 Familienangehörige als Beitragspflichtige hinzukamen, da ergab sich im Interesse der Abgrenzung eben dieser Mitglieder erneut die Frage, Raum zu schaffen. Hinzukam noch, daß die bevorstehende Eingemeindung weiterer Mitgliederzunahme bringen würde. Als sich die Mitglieder der Kasse und vor allem die freigewerkschaftliche Fraktion diesen Fragen beschäftigte, kam man sehr überein, daß ein Neubau nicht in irgend einem Außenbezirk der Stadt verlegt werden könne. Die mehr als 200 000 Versicherten haben einen Anspruch darauf, zu verlangen, daß die Kasernen zentral liegen und im Dezember 1927 sollte ein Neubau in einer Fläche von 16 Metern und einem Ausmaß von 520 Quadratmetern entstehen. Sehr bald kamen die verantwortlichen Stellen zu der Überzeugung, daß dieses Vorhaben unzureichend wäre. Die Körperlichkeiten kamen zu dem größeren Projekt, auch vom Ausschuss gegen eine oder zwei Stimmen akzeptiert. Wer heute von den entsprechenden Beschlüssen etwas behauptet, will

bewußt die Öffentlichkeit falsch beeinflussen.

Wenn also heute immer von den vorgezeichneten Baukosten 600 000 Mark gesprochen wird, wird damit nur das zuerst genannte Projekt gemeint, das schon vor Scubeginn fallengelassen war. Der dann später beschlossene Bau, der statt 16 Meter 23 Meter hoch ist und der einen doppelt so großen inneren Raum aufweist, ist etwas ganz anderes als das, was damals mit 600 000 Mark veranschlagt wurde. Vor allem waren dem zweiten Projekt ganz andere Innenbauten vorgezogen. Baugrundbohrungen für den Neubau ergaben zunächst einen guten Baugrund, als aber bei den Ausschachtungen sich eine Schicht des Nachbargrundstücks bemerkbar machte, die nicht vorzubereiten war, ergab sich schon der erste Projekt. Ein Gutachter schätzte den Schaden auf 10 000 bis 15 000 Mark. Ein Gutachter des Hauseigentümers schätzte einmal auf 65 000 Mark, ein zweites Mal auf 85 000 Mark. Es gab bei dieser Differenz also keine Vergleichsmöglichkeit, als schließlich auf Empfehlung des Gerichts ein vierter Sachverständiger urteilte, daß der Schaden auf 136 000 Mark. Nun läuft der Projekt. Schon aus dem Beispiel mehrerer Baujahrverträge ergibt sich, daß die Kosten sehr auseinander gehen können.

Der Vorstand war sich einig geworden, in den Keller des Baues eine großzügig angelegte Badeeinrichtung einzubauen. Die Verhandlungen über dies im Interesse der Mitglieder vorzunehmen. Allein diese Badeeinrichtung erfordert nach den Berechnungen 400 000 Mark. Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, daß alle diese Dinge ohne vorherige Einholung von Kostenvoranschlägen begonnen wurden. Richtig ist nur, daß in einem oder mehreren Fällen die billigsten Bieter nicht berücksichtigt wurden, der Vorstand sehr gute Gründe hat, diese Stellungnahme zu rechtfertigen. Ein weiteres oft erörtertes Thema ist

das Architektenhonorar.

Von der Arbeitsherseite wurde angeregt, daß der Leiter einer für die VOR bauenden Firma nicht zugleich auch als Vertrauensarchitekt der Krankenkasse zu Rate gezogen werden könne, wie es gehandhabt worden war. Es wurde also entsprechend dieser Arbeitgeberforderung eine andere Haltung erforderlich und der Vorstand hat sich dann aus dem Kreis der drei Bewerber für den Architekten Aleemann entschieden. Solange das erste Bauprojekt zur Debatte stand, lautete der Vertrag für diesen Architekten auf 4 1/2 Prozent Entschädigung. Somit das größere Vorhaben in Aussicht genommen war, kamen die Instanzen überein, daß eine andere Vereinbarung notwendig sei und es wurde eine Einigung auf 4 Prozent erzielt, was entsprechend der Gebührenordnung der Architekten ein verhältnismäßig niedriger Satz ist. Nach erneuten Verhandlungen einigten sich die Parteien aber auf eine Pauschalsumme von 142 000 Mark.

Vor 1 1/2 Jahren gingen erstmalig die Angriffe vom Stapel. Die "Schlesische Zeitung" behauptete, daß in der VOR 3 1/2 Millionen Mark "verpulvert" würden. Das veranlaßte den Vorstand zu einer Klage, weil er sich einig darüber war, daß nicht ein Pfennig verpulvert würde und Bauausführungen ja schließlich einen Wertzuwachs darstellen.

Vor allem war es ja auch eine Arbeitsbeschaffung für viele hauptsächlich Breslauer Firmen, die durch den Bau auch Beschäftigung für ihre Arbeitnehmer bekamen.

Die Finanzierung des Neubaus

Ist nicht aus Mitteln bestritten worden, die als Vermögen der VOR vorhanden sind. Es ist vielmehr eine Hypothek aufgenommen worden, deren Zinsenlast als tragbar bezeichnet werden konnte, wenn nicht inzwischen die Wirtschaftskrise in einem solchen Ausmaß hereingebrochen wäre, die allerdings niemand, also auch die Kassenorgane nicht, voraussehen konnte.

Der Neubau erforderte

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes: einschließlich der Innenarbeiten (1 161 000 RM), der Umbau im Gebäude Vestingstraße (1 747 000), Architektenhonorar und Nebenkosten (191 000), Umbaukosten in den angekauften Grundstücken (170 000), Klosterstraße 26/28 und Magdalenstraße 9/11 (177 000), für Inneneinrichtungen (346 000), Bauzinsen, Hypothekvermittlung und andere Ausgaben (656 900), Anlauf der Grundstücke (656 900).

Bei den letzten Zahlen ist zu berücksichtigen, daß auch die Häuser Vestingstraße 77 und 98 der Allgemeinen Ortskrankenkasse gehören, weil es nur durch Ankauf dieser Gebäude möglich war, die Mieter der für den Neubau abzubrechenden Häuser unterzubringen. Es wäre dies zwar nicht unbedingt erforderlich gewesen, aber dann hätte die VOR an das Wohnungsamt Kommissariat Beträge zahlen müssen, wofür die Kasse nicht das geringste als Gegenleistung gehabt hätte. Es ergibt sich also eine Schluß-

summe von 4,5 Millionen Mark. Das ist nicht das Endergebnis jenes Baues, der mit 600 000 Mark veranschlagt war, sondern das sind die Ausgaben für Umbau des Gebäudes in der Vestingstraße für den Neubau, Anlauf der Grundstücke, auf denen der Neubau aufgeführt wurde und den Anlauf der zwei Häuser in der Vestingstraße.

Die Angelegenheit "Reichsversorgung"

Ebenso ausführlich ging der Redner dann auf die Angelegenheit "Reichsversorgung" ein. Der Vorstand hat im Oktober vorigen Jahres an dem gleichen Tage, als er von irgend welchen Nachrichten Kenntnis erhielt, sofort einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Man stand anfangs vor einem Rätsel. Der Leiter der Abteilung hatte dem Versorgungsamt gegenüber Ziffern gebracht, die die Krankenkasse nicht ausweisen konnte. Persönliche Bereicherung schien ausgeschlossen und hätte auch nicht vorkommen können, wenn sich nicht dritte Personen dazwischen geschoben hätten.

Nach den Feststellungen der Revisionsgesellschaft dürften insgesamt 55 000 Mark zu Unrecht von der Kasse erhoben worden sein. Dieser Betrag ist vor zwei Monaten erhoben worden, von denen einer inzwischen gestorben ist. Was der Leiter der Abteilung von dieser Summe erhalten hat, wird wahrscheinlich erst der Strafprozeß erbringen. Die anfangs genannte Zahl von 200 000 bis 250 000 Mark, um die die Reichsversorgung geschädigt sein sollte, ist unrichtig.

Für die Jahre 1928/29 hat das Hauptversorgungsamt 65 000 Mark eingefordert, aber von dieser Summe sind mindestens noch 9000 Mark freierig. Die Treuhändergesellschaft, die mit der Revision beauftragt war, ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Zeit von 1924 bis 1928. Das Hauptversorgungsamt will für den gleichen Zeitraum aber 123 000 Mark Mehrforderungen errechnet haben. Auch die VOR kann in dieser Beziehung Forderungen stellen, da ja mancherlei nicht in Rechnung gestellt worden ist, was hätte der Reichsversorgung angerechnet werden müssen. Bereits am 28. Dezember v. J. ist die fristlose Entlassung dieses Angestellten erfolgt.

Die Finanzlage der Krankenkasse

Die Ursache der Finanzkrise liegt einfach darin, daß für Kassenleistungen im Jahre 1930 2 Millionen Mark mehr ausgegeben worden sind, als für diesen Posten vereinnahmt wurden. Der Voranschlag für 1930 ist bei den Einnahmen um 2 600 000 Mk. zurückgeblieben. Weiter spielte in das Jahr 1930 die Notverordnung hinein, durch die die Beiträge von 7,2 auf 6 Prozent herabgesetzt wurden.

Nach dem amtlich geprüften Rechnungsabluß wurden im Jahre 1930 an Beiträgen die Summe von 13 000 000 Mark vereinnahmt, zu denen noch 45 000 Mark für die Krankenscheingebühr kommt. Für die Krankenhilfe an die Mitglieder wurden dagegen 10 800 000 Mark ausgegeben.

Die Wasserversorgung in Schlesien und Breslau

Beachtliche Vorträge auf der Tagung der deutschen Gas- und Wasserfachleute

Die Tagung der Gas- und Wasserfachleute fand gestern im Südpark-Restaurant ihren Fortgang und brachte eine Reihe von Referaten, die auch den Laien interessieren dürften. Beim geschäftlichen Teil wurde der 1. Vorsitzende, Direktor Müller, wiedergewählt, der Etat in Höhe von 364 700 Mark verabschiedet und als nächster Tagungsort Essen bestimmt.

Den fachlichen Teil eröffnete dann ein Vortrag von Direktor Kirchner, Breslau, über

Nieder-schlesisches Wasserversorgungsproblem und die Wasserversorgung Breslaus

Nach einer Schilderung der geographischen Grundlagen der Wasserversorgung in Niederschlesien stellte der Vortragende fest, daß das schlesische Tiefland in seiner Wasserversorgung auf sich allein angewiesen sei, da die vorhandenen Talpferren nicht für Trinkwasserversorgungszwecke herangezogen werden können und auch die weiteren Staubecken, deren Errichtung für die Zwecke der Oberflächennutzung geplant werden, von den Wasserwerken nicht mitbenutzbar sind. So sei die Wasserversorgung Schlesiens auf die einzelnen Ortskassen beschränkt geblieben. Nur geringe Ansätze seien zu einer Gruppenwasserversorgung (Eulengebirge) vorhanden. Im Jahre 1928 wurde ein Vertrag zwischen dem Landkreis Breslau und der Stadt Breslau zwecks gemeinsamer Wasserversorgung geschlossen. Durch die Eingemeindung von 42 Ortskassen und Gutsbezirken sowie durch den zunehmenden Wasserverbrauch der Bevölkerung sei die Wasserversorgung der Hauptstadt Breslau ein schwieriges Problem geworden, zumal der Ausbau der Werke in den früheren Jahren nicht mit dem Wasserverbrauch Schritt gehalten habe. Zudem betrage der Wasserverbrauch heute nur 100 Liter pro Kopf und Tag im Jahresdurchschnitt, so daß selbst bei Bevölkerungsabnahme ein Mehrverbrauch zu erwarten ist und zwar besonders dann, wenn die als notwendig erscheinende Herabsetzung des Wasserpreises erfolgt. Die für rund 70 000 cbm/Tag ausgebauten Wassergewinnungs-, Wasserbereitungs- und Wasserförderungsanlagen würden heute schon über 90 000 cbm Tagesleistung bedürftig sein. Ein Ausbau der Anlagen auf 140 000 cbm/Tag sei eine als berechtigt und notwendig. Die augenblicklichen Ausbaukosten, Anlage von weiteren Sideriteanlagen, Ausbau des Werkes Weidemann und Bau eines neuen Wasserwerks bei Pirscham betragen rund 2,5 Millionen Mark. Die Kosten des zukünftigen Ausbaus werden sich auf 20 Millionen Mark belaufen. Es folgte dann ein Vortrag von Oberbergamt Schwanitz, Hindenburg (Oberschlesien):

Der Ausbau der Wasserversorgung des deutsch-oberschlesischen Industriegebietes

Der Vortragende erläuterte zunächst die Folgen der Teilung Oberschlesiens, durch die auch die Wasserversorgung des Industriegebietes zerrissen worden sei. Das Wasserwerk Walsdorf bei Tarnowitz und die Wasserquellen, die Stadt und Bezirk Beuthen

versorgten, seien an Polen gefallen. Zum W'eraufbau der schlesischen Wasserversorgung sei im Jahre 1924 die "Wasserwert Deutsch-Oberschlesien G. m. b. H." gegründet worden. Darüber hinaus mußte nach neuen Wasserquellen gesucht werden. Nach systematischen Bohrungen und umfangreichen Probepumpversuchen wurde in der Gegend westlich Beistritzham in 25 bis 40 Meter Tiefe ein starker Grundwasserstrom gefunden, so daß es nunmehr in Verbindung mit dem von der Reichsmassenertrag-Bewertung bei Sersno geplanten Staubecken möglich sein werde, den zusätzlichen Wasserbedarf des Industriegebietes mit erträglichen Kosten zu decken. Das neue Grundwasserwerk werde einige Kilometer westlich von Jawada für eine Tagesleistung von etwa 15 000 Kubikmeter mit einer Wasserentfernungsanlage errichtet, von der Förderpumpen das Wasser nach Jawada drücken, dessen Leitungsweg für Tagesleistungen von 70 000 bis 80 000 Kubikmeter ausgebaut worden sei. Der erste Ausbau werde etwa 3 Millionen Mark erfordern und bis zum Frühjahr 1932 beendet sein. Einzelheiten der geologischen und hydrologischen Verhältnisse sowie der technischen Ausführung der Bauten wurden durch eine Anzahl Lichtbilder erläutert.

Sodann sprach Oberbaurat Ingenieur F. Schönbrunner, Wien, über

Die Zusammenlegung des großstädtischen Wasserverbrauchs

Der Vortragende schilderte zunächst das von Jahr zu Jahr sich verstärkende Anwachsen des Wasserverbrauchs in den großen Städten und die Schwierigkeit, das zur Deckung des Bedarfs notwendige Wasser herbeizuschaffen. So werde die Frage, wie diese großen Wassermengen zur Verfügung gestellt werden könnten, zum Problem. Es sei in diesem aber nicht so vorteilhaft, nur diese eine Seite der Frage zu unteruchen, vielmehr müsse es ratsamer, zu erwägen, ob der hohe Wasserverbrauch auch dem tatsächlichen Bedürfnis angemessen sei und ob sich nicht vielleicht die Lösung des Problems durch Beschränkung des Wasserverbrauchs erleichtern ließe. Derartige Maßnahmen seien ganz besonders gegenwärtig zur Zeit großer wirtschaftlicher Not und unsicherer zukünftiger Entwicklung berechtigt. Der Vortragende gab nun einen Überblick über die Verteilung des Wasserverbrauchs für Haushaltsw Zwecke, für gewerbliche Betriebe, für öffentliche Zwecke und für Wasserverluste. Der Wasserverbrauch für Haushaltsw Zwecke wurde des näheren untersucht und in Zusammenhang mit dem Wohnungsstandards gebracht. Zahlmäßig wies der Vortragende den großen Einfluß nach, den moderne Installationen auf die Höhe des Wasserverbrauchs ausüben vermögen. Angaben für den gewerblichen und öffentlichen Verbrauch seien deshalb schwerer zu machen, weil in dieser Hinsicht zwischen den einzelnen Städten sehr bedeutende Unterschiede beständen. Bei der Berechnung der Wasserverluste sei der Einfluß der Minderanzeigen der Wassermeßer zu berücksichtigen. Hierüber gab der Vortragende reichhaltiges statistisches Material.

Die Ausgaben der Kasse

rechnen sich wie folgt auf:

Table with 2 columns: Item (e.g., Krankenpflege an Familienangehörige, Wochenhilfe) and Amount (e.g., 893 000, 569 000).

Viele Zahlen ergeben zunächst, daß auf den Kopf der Mitgliedschaft ein Jahresbeitrag von 88 Mark entfällt. In Berlin beträgt dieser beispielsweise 134 Mark.

Verhandlungen im Vorstand und Ausschuss

Da nach der Notverordnung zu Beitragserhöhungen einmütige Beschlüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlich sind, erstere aber zu Zugeständnissen nicht zu bewegen waren, ergab sich für den Vorstand die Notwendigkeit, verschiedene Leistungsabstriche vorzuschlagen.

Die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter waren bereit, einer Beitragserhöhung zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß die Mehrleistungen aufrechterhalten bleiben.

Bei diesen wird unbedenklich um den Barlohn ein Grundlohn von 48 Mark zugrunde gelegt und danach der Beitrag festgesetzt. Die Hausangestellten bilden ein Reumittel der Mitgliedschaft der I.O.R.

Aussprache

Dem Vortrage folgte eine Ansprache. Kollege Lange fragte an, ob Marmor zum Bau verwendet werden sei und warum die Einrichtung des Bades noch nicht erfolge.

Wieder ein Kind totgefahren

Vor dem Hause Bismarckstraße 12 ereignete sich gestern nachmittags wieder ein Straßenunfall, der das Leben eines Kindes forderte.

25 Jahre Oswiger Arbeiter-Gefangenenverein

Eine inhaltreiche Entwicklung hat der Oswiger Arbeiter-Gefangenenverein hinter sich. 1905 wurde in der Residenz des allgewaltigen Amtsvorsetzers Dr. Gurahe ein Arbeiter-Gefangenenverein mit dem bezeichnenden Namen „Durch Kampf zum Sieg“ gegründet.

Bald sammelten sich in dem Verein alle in der Bewegung tätigen Kräfte. In diesen Sturm- und Drangjahren mußte naturgemäß das rein gesellige Interesse hintertreten.

Unser Lied war immer ein Bekenntnis, das dürfte Herr Dr. Sprengel aus Obernigk in einer öffentlichen deutsch-nationalen Versammlung erfahren haben, wo er nicht eher zu Worte kam, bevor aus kräftigen Reihen der letzte Ton der nordischen Sage von Lord Falson verklungen war.

Wappenhof-Societät

Im Wappenhof hat diesmal zwei größere Truppen eingelebt, die den Charakter des Programms bestimmen. Das Kellner-Ballett und die Firma Heiter, Heiter & Co.

Large advertisement for 'Roter Tag in Brieg' on Sunday, June 14th, organized by Jungsozialisten Gau Niederschlesien, ADGB Brieg, and Arbeiterport- u. Kulturkartell FGJ.

Advertisement for the Sozialdemokratische Partei (Social Democratic Party) with contact information and meeting details.

daß der Vorstand Maßnahmen trifft, die die Einbehaltung von Geldern, die dem Arbeitgeber gar nicht gehören, unterbindet. Eine weitere Anfrage betraf die Bezahlung der Vertrauensärzte.

Der Vorstand hat sich bis auf zwei Stimmen zu der Auffassung bekannt, daß für diese Verhältnisse eine Vertikalfestsetzung unumgänglich ist.

Advertisement for 'Deut Parteitagbericht für die Jugend' (German Party Report for Youth) on Thursday, June 11th.

Advertisement for 'Arbeiterlehren von Jampel und Bismarckswalde!' (Worker Lessons from Jampel and Bismarckswalde!).

Advertisement for 'Ausstellung „Unsere Wohnung“' (Exhibition 'Our Home') regarding housing conditions.

Advertisement for 'Freidenkerjugend' (Free Thinker Youth) and 'Freigewerkschaftliches Jugendkartell' (Free Trade Union Youth Card).

Advertisement for 'Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold' (Imperial Banner Black-Red-Gold) with meeting details.

Advertisement for 'Geschäftliches' (Business) regarding water supply and safety.

Advertisement for 'Konzerne / Theater / Vergnügungen' (Concerts / Theater / Amusements) listing various events.

Verabschiedet beim Einkauf unsere Inserate

Kohlenäureausbruch im Neuroder Revier

Sieben Bergleute erstickt — vier gerettet

Schon wieder hat ein Kohlenäureausbruch im Neuroder Bergrevier Todesopfer unter den schlechtesten Bergleuten Deutschlands gefordert. 7 Mann sind gestern nacht lautlos ausbrechender Kohlenäure Opfer gefallen; sieben Proletarier im Alter von 17 bis 49 Jahren, die meisten von ihnen Ernährer großer Familien. Besonders tragisch ist der Fall des Hilfsheizers Proppreis, der fünf unverjagte Kinder hinterließ, und dessen unglückliche Frau im Knappschafslager gerade die Geburt des sechsten Kindes erwartet.

Der Ausbruch erfolgte gestern Abend gegen 22 Uhr auf der 2. Sohle der Kohlengrube des Magischachtes in Kohlendorf. Die Grube, in einem von der vierten Sohle aus abgeteuften, ist etwa 500 Meter Tiefe, wobei ungeheure Kohlenmassen ausgeworfen wurden. Ob der Ausbruch aus dem Kohlen oder aus der Kohle kam, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Die elf Verunglückten hatten sich nach dem Ausbruch in der Grube aufgestellt, als Revierleute zum Auffindung der Bergleute auftraten, als Revierleute zum Auffindung der Bergleute auftraten, als Revierleute zum Auffindung der Bergleute auftraten.

Die sieben Bergleute, die erstickt sind, waren: Proppreis, der fünf unverjagte Kinder hinterließ, und dessen unglückliche Frau im Knappschafslager gerade die Geburt des sechsten Kindes erwartet.

Der Ausbruch erfolgte gestern Abend gegen 22 Uhr auf der 2. Sohle der Kohlengrube des Magischachtes in Kohlendorf. Die Grube, in einem von der vierten Sohle aus abgeteuften, ist etwa 500 Meter Tiefe, wobei ungeheure Kohlenmassen ausgeworfen wurden. Ob der Ausbruch aus dem Kohlen oder aus der Kohle kam, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Die elf Verunglückten hatten sich nach dem Ausbruch in der Grube aufgestellt, als Revierleute zum Auffindung der Bergleute auftraten, als Revierleute zum Auffindung der Bergleute auftraten.

Wielshowa war gerade damit beschäftigt, dem Gegenzug 316 in die Wielshowa-Einfahrt zu geben. In diesem Augenblick ereilte der Zugführer des Zuges 319, ohne den Auftrag vom Fahrdienstleiter abzuwarten, dem Lokomotivpersonal seinerseits den Auftrag zur Abfahrt. Der zufällig auf dem Bahnsteig etwa 50 Meter vom Schluß des Zuges 319 entfernt stehende Bahnhofsmeister des Bahnhofs Wielshowa, der nicht im Dienst war, bemerkte die vorzeitige Abfahrt des Zuges. Da er von seinem Standort aus den abfahrenden Zug nicht mehr einholen konnte, bemühte er sich sofort gemeinsam mit dem Fahrdienstleiter, den Zug noch mit allen Mitteln zum Halten zu bringen. Die abgegebenen Signale wurden aber vom Personenzug 319 nicht mehr bemerkt.

Zwischen dem Bahnhof Wielshowa, der in einem flachen Einschnitt liegt, und der Unfallstelle befindet sich eine Krümmung. Hinter der Unfallstelle wird die Straße von einer Straße gekreuzt. Einige der Lokomotivbeamten, die inzwischen kurz vernommen werden konnten, haben nach ihren Angaben vor dem Zusammenstoß zwar einen Lichtschein wahrgenommen, diesen aber für die Lichter eines Kraftwagens gehalten. Weitere Einzelheiten zur Klärung der Schuldfrage wird die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Nazis waren die Provokateure

heim Beuthener Sonntagstrauß

Zu der Wolff-Meidung über den Sonntagstrauß in Beuthen O.S. erhalten wir eine berichtende Darstellung aus Beuthen, nach der es die demonstrierenden Nazis waren, die nach dem sie sich „mangels Masse“ nicht durchsetzen, zu ihren gefährlichen Waffen, Messer und Knüttel griffen und wie wild auf die umherstehenden Zuschauer einstürzten.

Ehe die in nächster Nähe postierten Polizeigruppen eingriffen, wälzten sich zwei junge Männer die sich in der Zuschauermenge befanden hatten, in ihrem Blute. Der eine hatte einen Stich in die Halsschlagader erhalten und wurde in bewußtlosem Zustande im Sanitätsauto nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Der zweite erhielt einen Stich in den Rücken.

Unverständlicherweise ließ man die Nationalsozialisten ihre Rummelzüge weiter obdauern. Schon vorher war es zu Zusammenstößen gekommen, wobei man bei den Nazis Gummischläuche beschlagnahmte. Der Beuthener Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, hat sich angesichts der blutigen Erzele der Nazis eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Neue Bürgermeister in Schweidnitz

Dr. Heinz-Glogau wird zweiter Bürgermeister. Der zum Oberbürgermeister der Stadt Schweidnitz gewählte zweite Bürgermeister Dr. Franke wurde Montag von Regierungspräsidenten Hopp in sein Amt eingeführt. Seine Einführungsansprache wies der Regierungspräsident die wirtschaftliche Not, in die viele deutsche und insbesondere die Gemeinden geraten sind.

Zum zweiten Bürgermeister von Schweidnitz soll Stadt Dr. Heinz-Glogau gewählt werden. Diese Wahl dürfte nach einer Formfrage sein, da sich die Zentrumskandidaten die Sozialdemokraten, die über die absolute Mehrheit verfügen, auf Dr. Heinz-Glogau geeinigt haben. Dr. Glogau ist zurzeit Direktor des Arbeitsamtes in Glogau und gehört dem niederschlesischen Provinzialrat an. Als Kandidat für die Wahl wurde er bereits im März, vor kurzem der Sozialdemokrat Hausmann, Regierungsassessor beim Oberpräsidium, gewählt, der seinen Dienst demnächst antreten dürfte.

Ein Versehen bei der Abfertigung

Verursachte das Eisenbahnunglück bei Mikulischütz. Die Reichsbahndirektion Doppelte teilt über die bisherigen Ermittlungen der Ursache des furchtbaren Eisenbahnunglücks auf der einseitigen Strecke Beuthen-Brannet mit: Der von Brannet kommende Zug 319 S sollte in Wielshowa den Personenzug 316 planmäßig kreuzen, der als Mikulischütz fünf Minuten Verspätung hatte. Der Zug 319 war ordnungsgemäß in Wielshowa eingefahren. Der Fahrdienstleiter auf Bahnhof

Roter Tag in Dambriß

Der Vorstand des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt-Nimptsch hat für Sonntag, den 14. Juni, einen „Roten Tag“ angesetzt. Alle Republikaner und klassenbewußten Arbeiter des Kreises Neumarkt müssen an dieser Veranstaltung, die um 14 Uhr stattfindet, teilnehmen. Redner ist Bürgermeister Macho-Breslau.

Kein Verbrechen, sondern Unglücksfall

Wie gestern gemeldet wurde, war am Sonntag der Postauswärtiger Hohenje aus Breslau in der Nähe von Seiffersdorf an der Raabach demütig und schwerverletzt neben seinem Kabe aufgefunden worden. Im Hirschberger Krankenhaus, in das der Verletzte gebracht wurde, kamen Zweifel darüber auf, daß ein Unglücksfall vorliege. Die Ermittlungen haben jedoch nun ergeben, daß der inzwischen Verstorbene nicht das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Die Leiche ist deshalb wieder freigegeben worden.

Rund um Golassowiz

Aufständischen-Terror wird nicht geahnt

Die Vorfälle in Golassowiz, wo die deutsche Minderheit gegen den Wahlterror der Aufständischen zur Selbsthilfe gezwungen waren, wobei im nächsten Streit der polnische Staat Sznopka ums Leben kam, hatten in der Vergangenheit noch ein Nachspiel vor dem Rattowitzer Bürgergericht. Alles hatte der Staatsanwalt beziehungsweise abgelehnt, die Anklage zu erheben, da es sich diesmal um die wahren polnischen Schlesiens, um Aufständische, oder doch solche, die gerne gewesen sein möchten, handelte. So hatten einige der Angeklagten Golassowitzer Einwohner Privatklage erhoben. Sämtliche Angeklagten bestritten selbstverständlich, sich irgendwelcher Ausdehnungen in Golassowiz schuldig zu haben. Die meisten wollten überhaupt nicht in Golassowiz gewesen sein. Von den Belastungszeugen wurden die Aufständischen als Täter wiedererkannt und genau benannt. Ein Antrag des Rechtsbeistandes der Nebenkläger, die Angeklagten als Zeugen zu vernehmen, wurde vom Gericht abgelehnt. Es war also auf diese Weise kaum möglich, einen entscheidenden Beweis für die Täterschaft der Angeklagten zu erbringen.

Das Urteil fiel auch dementsprechend aus. 24 Angeklagte wurden freigesprochen und zwei zu Geldstrafen von 30 Zloty (!) zu zwei Tagen Gefängnis wegen Bedrohung verurteilt. Das Urteil haben sowohl die Nebenkläger als auch die zwei angeklagten Aufständischen Berufung eingelegt. Das Verhalten des Staatsanwaltschaft steht auch in keinem Widerspruch zu dem Urteil der polnischen Regierung an den Völkerverbund vom 19. 1931, in dem festgestellt wurde, daß alle Fälle, in denen polnische Staatsanträge gestellt seien, auch zum Gegenstand einer polnischen Anklage gemacht werden.

Nach dem Stahlhelm — gießen die Aufständischen Wasser auf nationalitische Mühlen

In Groß-Dombrowa fand am Sonntag eine Tagung des Aufständischen-Bundes für den Kreis Schwientochowitz statt. Die Tagung schloß mit der Annahme einiger Entschlüsse. In einer derselben wird gesagt, daß die letzten antipolnischen Provokationen in Deutschland während der Abkündigungsfest in Beuthen, dem Selbstmordtag auf dem Annaberg und während der Stahlhelmtagung in Breslau, sowie die Ueberrfälle von Hitlerleuten auf Polen in Danzig, den Polen eine doppelte Wachsamkeit auf nationalem Gebiete und eine Verstärkung der allgemeinen militärischen Ausbildung auferlege. In einer zweiten Entschlußung werden die Deutschen gewarnt, da derartige Provokationen und Verfolgungen von Polen in Deutschland und Danzig für die deutsche Minderheit in Polen „unangenehme Folgen“ nach sich ziehen könnten. In einer dritten Resolution wird die Entlassung von Ausländern in den ober-schlesischen Betrieben gefordert und schließlich wird noch in einer weiteren Entschlußung die Bevorzugung von Aufständischen und „verdienten Polen“ bei der Vergabe von öffentlichen Arbeiten gefordert.

Die Sanacja Partei hatte eine Tagung der Kreisverbände und Gemeinderäte ihrer Partei des Kreises Rattowiz einberufen, in der ebenfalls eine Entschlußung angenommen wurde, in der zunächst einmal der Regierung das Vertrauen ausgedrückt und die Tätigkeit der Opposition verurteilt wird. Weiter heißt es, daß angesichts der provokatorischen antipolnischen Ereignisse in Deutschland, deren Ausbruch zuerst der Stahlhelmtag in Breslau war, die ober-schlesische Bevölkerung bereit sei, jeden Augenblick den unparteilichen Absichten des deutschen Chauvinismus entgegenzutreten, der sich der Unterdrückung der höchsten Werdentümer Deutschlands erwe.

Sprottau. Tragische Hochzeit. Bei einer Hochzeit feier des Arbeiters Fiedler in Oberleschen fand bei einem Tanz die Braut plötzlich vom Herzschlag getroffen tödlich zusammen. Besonders tragisch ist dieser Unglücksfall, da der Gemann schon zwei Frauen verloren hat.

Neurode. Lebensmilde Jugend. Hier wurde die 24jährige Hedwig Born aus Buchau, Kr. Neurode, in einem Teiche an der Straße nach Schlegel ertränkt aufgefunden. Sie hatte in letzter Zeit wiederholt Selbstmordgedanken geduldet.

Beuthen. Tobjuchtsanfall im Gericht. Zu einem aufregenden Vorfall kam es am Montag im Amtszimmer des Gerichtsarztes. Dort hatte sich eine Frau aus Ostoberschlesien zur ärztlichen Untersuchung eingefunden, die plötzlich einen Tobjuchtsanfall erlitt und dabei versuchte, aus dem Fenster des ersten Stockwerkes auf die Straße zu springen. Nur dank des geistesgegenwärtigen Eingreifens des Gerichtsarztes, dem zwei Justizwachtmeister zu Hilfe eilten, gelang es, die Frau zurückzuhalten.

Aus der Umgebung

Auch die UDR bleibt ausgemeindet

WRB. meldet aus Berlin: Der bevölkerungsstatistische Ausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich mit einer Eingabe der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Landkreises Breslau, in der Einspruch gegen die Entziehung von Mitgliedern der Ortskrankenkasse durch die Eingemeindung von Vororten nach Breslau erhoben wird. Der Ausschuss beschloß, die Eingabe zurückzuweisen, weil die gesetzlichen Bestimmungen dem Wunsch der Gesuchstellerin entgegenstehen.

Birken. Die Kirche treibt Steuern ein, aber auf dem falschen Wege.

Steuern zahlt niemand gerne, auch nicht Kirchensteuern und ganz besonders nicht, wenn man, wie verschiedene hiesige Einwohner, der Ansicht ist, daß die Steuer mit Rücksicht auf schonungsbedürftige Großgrundbesitzer ungerecht gesteuert und daher für die schwachen Steuerzahler besonders drückend ist. Unser hiesiger Seelsorger, ein durch seine Frömmigkeit bekannter umgänglicher Mann, wird aber bitterböse, wenn das Steuerzahlen nicht reich genug geht. Daher schwebte er kürzlich den Bannstrahl göttlichen Jornes gegen einige Mitglieder der Kirchengemeinde, die da glaubten zu Unrecht hoch veranlagt zu sein und ließ — zum Rabi der weltlichen Gerichtsbarkeit. Eigentlich sollte ein Pastor allerdings wissen, daß Kirchensteuern nur in zwei besonders vom Gesetz bestimmten Fällen, die hier nicht in Frage kamen, durch das Gericht beigetrieben werden können. Doch Pastor Pelz mußte es offenbar nicht, und das Ergebnis war kostenpflichtige Abweisung der Klagen. Ja, man hat es nicht immer leicht, die himmlischen Mächte auf Erden zu vertreten.

Groß Schottgau. Bürgersteuer abgelehnt.

Ein Wohnhaus wird gebaut. In der Gemeindevertretung am Sonntag wurde die Bürgersteuer einstimmig abgelehnt und beschlossen, das Wohnungsmangelgesetz wieder in Geltung zu setzen. Ueber den Bau eines Gemeindehauses entwickelte sich eine längere Debatte. Die Sozialdemokraten begründeten ihren Antrag mit den trostlosen Wohnungsverhältnissen am Orte. Der Antrag wurde schließlich angenommen und der Gemeindevorsteher sowie die Wohnungskommission beauftragt, mit Herrn Rothlich wegen des Hauptlagers in Verbindung zu treten. — Den Wohnfahrtsverkehr soll für die aufständische wöchentliche Pflichtarbeit 20 Pf. Werkzeugenschädigung je Stunde gewährt werden. (Der Vergleich mit den Vorgängen in Kintau zeigt, was es bedeutet, wenn die Arbeiterkraft unter sozialistischer Führung in der Gemeinde mitzureden hat.) — Eine Sechswerte, daß am Dorfende nicht genügend Platz zum Wenden von Fuhrwerken sei, wurde an den Amtsvorsteher weitergegeben. — Zur Hundesteuer soll kein Zuschlag erhoben werden, da hier am Ort nur kleine Besitzer als steuerpflichtig in Frage kommen.

Schottwitz. Silberhochzeit feierte am Sonntag, den 7. Juni, der Genosse Franz Gregor und seine Ehefrau Pauline. Wir gratulieren.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
 Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
 Telefon 59064, 59061
 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-19 Uhr

Steine. Mitgliederversammlung am 10. Juni bei Großhau, 20 Uhr. Redner: Genossen Schiffer und Dr. Korn.

Nährne. Am Donnerstag, dem 11. Juni, 20 Uhr, im Lokal Maslos. Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn.

Brodau. Am Freitag, dem 12. Juni, 20 Uhr, im Lokal Wende. Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Sachs.

Schottwitz. Am Freitag, dem 12. Juni, 20 Uhr, im Lokal Brescher. Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer. Bericht vom Leipziger Parteitag. Gäste können mitgebracht werden.

...go ist's!

Bohnenkaffee schmeckt gut. — Aber Kathreiner schmeckt auch sehr gut! Und ist dabei billiger, viel (!) billiger...

Gewerkschaftsbewegung Die Arbeitslosigkeit auf See

Maßnahmen des Gesamtverbandes

Die große Arbeitslosigkeit unter den Seeleuten — im Wirtschaftsgebiet des Hamburger Hafens warten allein rund 14 000 erwerbslose Seefahrer auf Chance und die Zahl der arbeitslosen Seeleute in allen Hafenorten beträgt zusammen mehr als 20 000 — hat den Gesamtverband gezwungen, durch besondere Maßnahmen den in der Kriegszeit besonders starken Zustrom von sogenannten Unbefahrenen abzustoppen. Die erste Wirkung dieser Maßregeln liegt in einem Beschlusse des Verwaltungsrates für das Feuerwesen in Hamburg, wonach die Feuerstellen angewiesen werden, die Listen für „Unbefahrne“ bis auf weiteres zu schließen. Ferner dürfen sie Seefahrer, die innerhalb der letzten achtzehn Monate weniger als sieben Monate auf deutschen Schiffen gefahren haben, nicht mehr in die Vermitlungsliste eintragen.

Diese Maßnahmen waren notwendig, um vor allem den starken Zustrom junger Leute aus dem Binnenland abzustoppen, die zur See fahren wollen, um „Abenteuer“ zu erleben. In absehbarer Zeit besteht keinerlei Aussicht für Unbefahrne, auf einem Schiff unterzukommen, und es wird dringend gewarnt, sich in sogenannten „Seemannsschulen“ ausbilden zu lassen. Eine Ausbildung in diesen Schulen bildet keinerlei Gewähr, eine Stellung in der Seefahrt zu erhalten, da auch die von diesen Seemannsschulen kommenden jungen Leute nur durch die Feuerstellen vermittelt und wie die übrigen Unbefahrenen behandelt werden.

Länderregierungen und kommunale Spitzenverbände gegen den Abbau der Kriegsoferversorgung

Da der Abbau der Reichsleistungen gegenüber den Kriegsoffern eine neue Steigerung der gemeindlichen Wohlfahrtsausgaben nach sich ziehen würde, hat der Reichsbund der Kriegsofverbände, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen die kommunalen Spitzenverbände gebeten, bei der Reichsregierung seine Vorschläge, solche Abbaumaßnahmen zu unterlassen, zu unterstützen.

Über einstimmig haben sämtliche kommunalen Spitzenverbände dem Reichsbund mitgeteilt, daß sie seinem Wunsch Rechnung getragen haben.

Der Reichstädtetage hat sich in seiner Eingabe an die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit gegen den beabsichtigten Abbau der Kriegsoferversorgung ausgesprochen und würde, falls die neuen Notverordnungen eine derartige Regelung treffen würden, die Regelung durch Einwirkung auf den Reichstag zu befeitigen versuchen.

Der Deutsche Städtetage ist im gleichen Sinne bereits an den Herrn Reichskanzler und Herrn Reichsarbeitsminister herangetreten.

Der Deutsche Landtag hat gegenüber den zuständigen Reichsressorts bereits wiederholt sich dagegen ausgesprochen, daß eine Verkürzung der sozialpolitischen Leistungen auf dem Rücken der Kommune vollzogen werde. Er hat sich vorbehalten, gegenüber dem Reichstag Schritte zu unternehmen, sobald der Inhalt der neuen Notverordnung von ihm geprüft worden ist.

Vom Sächsischen Ministerpräsidenten ist dem Reichsbund mitgeteilt, daß seine Ausführungen durch die Sächsische Geländekasse in Berlin, Dr. Gradnauer, zur Kenntnis der Reichsregierung gelangen und dabei zum Ausdruck gebracht würde, wie schwere Bedenken bei der Sächsischen Regierung gegen derartige Maßnahmen gegen die Kriegsoferversorgung bestehen.

Wetterhin sind dem Bundesrat von einer ganzen Anzahl von Provinzen, Kreisen, Städten und Gemeinden gleiche Willensäußerungen zugegangen.

Die Defakata und ihre Angestellten

Es wird uns geschrieben: Eine Zeitlang schien es, als ob die Defakata — ehemals Dehewa — ihren Angestellten gegenüber eine Stellung einnehmen wolle, die sie aus der Masse der Arbeitgeber heraushebt. Das hat

sich offenbar in der letzten Zeit geändert. Es gibt zahlreiche Firmen, die in Deutschland eine Reihe von Filialen haben und in ihren Anstellungsverträgen die Angestellten verpflichten, eventuelle Klagen vor dem Arbeitsgericht am Hauptsitz der Firma durchzuführen. Zu diesen Unternehmungen gehörte bisher die Defakata nicht. Seit einiger Zeit aber hat sie sich gleichfalls entschlossen, diese Methode anzuwenden. Es versteht sich, daß damit den Angestellten die Durchführung irgendwelcher Ansprüche außerordentlich erschwert wird. Da demnach der Hauptsitz des Unternehmens nach Berlin verlegt werden soll, werden also sämtliche Angestellten ihre Klagen aus ihrem Anstellungsverhältnis in Berlin durchsetzen müssen.

Der Zentralverband der Angestellten hat es unternommen, mit der Firma in Verbindung zu treten. Er versuchte also den bisherigen Zustand durch eine allgemeine Vereinbarung festzulegen. Das lehnte die Zentrale rundweg ab. Sie betonte sogar ganz ausdrücklich, daß sie die ausgesprochene Absicht habe, alle Streitigkeiten an einer Zentralfirma zu erledigen. Auf den gemachten Hinweis auf die Schwierigkeiten von Zeugenerhebungsverfahren wurde geantwortet, daß auch im ordentlichen Gerichtsverfahren, wo ebenfalls Ort der Verhandlung und Wohnsitz der Parteien weit auseinander liegen, eine ordnungsmäßige Durchführung der Prozesse gewährleistet sei. Man sehe nicht ein, warum das nicht auch im Arbeitsgerichtsverfahren gehen soll.

Dazu ist nur zu sagen, daß im ordentlichen Gerichtsverfahren um Verpflichtungen aus Rechtsgeschäften gestritten wird, deren dringliche Erledigung nicht immer notwendig ist. Außerdem handelt es sich dann meist um Prozeßparteien, die in der Lage sind, am Ort anfallige Rechtsanwälte mit ihrer Interessenwahrnehmung zu beauftragen, und obendrein spielt sich das Verfahren am ordentlichen Gericht im wesentlichen im Austausch von Schriftstücken ab. Die Dinge liegen ganz anders im Arbeitsgerichtsverfahren, weil das lebendige Geschehen im Wirtschaftsprozeß durch persönliche Vernehmung der am Streitfall Beteiligten vor dem Arbeitsrichter geklärt werden muß. Man sollte glauben, daß die Defakata dafür Verständnis haben könne. Sie scheint aber statt dessen die bequeme Art der Abzahlungsgeschäfte zu wählen, die die Projektführung dadurch leicht machen, daß sie als Erfüllungsort für beide Teile den Sitz der Firma vereinbaren. Die Kunden der Defakata, die auch unter den Angestellten noch zahlreich sind, werden sicherlich mit Enttäuschen hören, wie wenig Rücksicht die Defakata auf ihre Berufskollegen nimmt. Es wäre erwünscht, wenn sie diese ihre Meinung der Firma gegenüber mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck brächten und, wenn sich die Firma nicht zu einer weit freundlicheren Einstellung entschließen kann, für sich daraus die entsprechende Schlußfolgerung ziehen würden.

Mieterverbände fordern Mietenentfaltung

Die Vertreter der preussischen Mieterverbände im Bund Deutscher Mietervereine beschäftigen sich mit der preussischen Wohnungs- und Mietzinspolitik und weisen in einer Entschließung darauf hin, daß die Senkung der Mieten und Gehälter und die Verminderung des Realeinkommens eine sofortige Senkung der Mieten notwendig machen. Dies sei dadurch erreichbar, daß die Zwischengewinne des preussischen Althausbesitzes an der Hauszinssteuer in Höhe von zirka 300 Millionen Mark jährlich steuerlich erfasst werden. Durch Einführung einer Mehrmietensteuer, d. h. einer Steuer, welche die Mietbeträge erfasst, die von dem Althausbesitz über die gesetzliche Miete hinaus erhoben werden, seien weiterhin erhebliche Beträge für die Entfaltung der Mieten und den Wohnungsbau verfügbar zu machen. Angesichts der in den letzten Jahren erfolgten Senkung des Baukostenindex von 180 Prozent auf zirka 150 Prozent bestehe außerdem die Möglichkeit, daß in der gesetzlichen Miete vorgesehenen Betrag für große und kleine Reparaturen entsprechend herabzusetzen. Durch gesetzliche Maßnahmen seien Sicherungen dahin zu schaffen, daß die in der gesetzlichen Miete für Zukunftszwecke vorgesehenen Beträge auch tatsächlich Verwendung finden.

Arbeiter-Sport

Jugend Sonnenwendfeier

im Poseidonbad am Sonntag, den 21. Juni

Unter Mitwirkung der 1. Frauenabteilung der Turnerschaft und der Freien Kanuvereinsvereinigung veranstaltet die Jugend der Freien Schwimmer am Sonntag, den 21. Juni nachmittags 14 Uhr, im Poseidonbad eine Sonnenwendfeier. Darbietungen aus dem Gebiete der Gymnastik, des Kanus und des Schwimmens, unterbrochen von humoristischen Aufführungen und begleitet von der Musikabteilung der Schwimmvereinigung, versprechen einen abwechslungsreichen Nachmittag. Nach Anbruch der Dunkelheit wird dann ein aufmerksamer der Jugend und ein Fackelzug der Schwimmvereine die eigentliche Sonnenwendfeier einleiten. Die Eintrittspreise sind: Jugend 10 Pf., Erwachsene 30 Pf. Sie berechtigen zu Baden in den Programmpausen.

Handball-Gesellschaftsspiele für den 10. Juni

19,20: 8. Abt. II — Bratislawia; Helmutwiese; Reicherter II
18,30: Stern I — 2. Abt. II; Gartenberg; Klasse I
19,00: Sil.-Rid. — 5. Abt. I; Stadion; Sönger.

19. Juni

19,00: 8. Abt. II — 6. Abt. II; Helmutwiese; Kiebel.

14. Juni

10,00: Sil.-Rid. Sportf. — FSB. Sportf.; Stadion; Wieg.

17. Juni

19,00: 6. Abt. I — 8. Abt. I; Hofpark; Hofallee.

11. Juni

16,00: 8. Abt. Schül. — 4. Abt.; Helmutwiese; Verein.

18,00: 8. Abt. III — 4. Abt. II; Helmutwiese; Verein.

19,00: 8. Abt. I — 4. Abt. I; Helmutwiese; Casche.

Tabellenstand der Männer-A-Klasse im Faustball

Platz	Abt.	Spiele	gewonnen	0 verloren
1.	7. Abt. I	4	3	1
2.	3. Abt. I	4	2	2
3.	1. Abt. I	4	2	2
4.	9. Abt. I	4	1	3
5.	Mohbern	4	0	4

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau, e. V. Handballvereinigung im Poseidonbad. — Spielleute: Freitag, 19. Juni, heute abend Kartellversammlung. — Abteilung Eubretzen der Wasserballmannschaft heute, 18. Juni, 18 Uhr, Fahrt: Fahrgeleit, Erwählung 11.10 Uhr, Jugendliche bis Freitag an die Abteilungsleiter oder an Genossen. Freie Kanuvereinsvereinigung Breslau, e. V. Abt. IV, Freitag, 19. Juni, Kanonenboot, Festbeitrag mitbringen. 19 Uhr, Handballer im Stadion, Mitgliedsbücher, Sonnenwendfeier. Treffpunkt Vereinsgelände, hinter Stromkilometer 297.5.

Athletik

Sportvereinsvereinigung Nord-Ost. Sämtliche Genossen betreten sich ab jetzt pünktlich am Training der Abteilung Oberort, Ausscheidungskämpfe werden pünktlich begonnen. Auf Training in Oschwitz wird nochmals hingewiesen.

Fußball

Schiedsrichtervereinigung. Am 18. Juni, 17.30 Uhr, im Hofpark, sämtliche Schiri von Hertha, Stern, Einigkeit, Süd-Ost, E. F. B. Sportkleidung mitbringen.

Bank der Arbeiter, Angestellten — Beamten, A. G.
FILIALE BRESLAU.

Sammlen-Anzeigen

Arbeiter-Laienleiter-Verein Deutschlands, Ortsgruppe Breslau.

Am 8. Juni 1931 verschied unser Ehrenmitglied und Mitbegründer der Ortsgruppe, der Spielgenosse

Nikolaus Walter

im Alter von 49 Jahren. 2221

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 11. Juni, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle St. Nikolai in Cosel.

Am 8. Juni verstarb nach langem Leiden unser Genosse

Nikolaus Walter

im Alter von 48 Jahren. 6419

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 6.

Beerdigung: Donnerstag, den 11. Juni, nachmittags 3½ Uhr, in Cosel, St. Nikolai.

Arbeiter-Laienleiter-Verein Deutschlands

Sonabend, 6. Juni verschied unser fast 30-jähriges Mitglied, der Sportgenosse

Wilhelm Pohnansky

im Alter von 66 Jahren

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau

Einsetzung: Donnerstag, den 11. Juni, 15 Uhr, in Kreuzkammer Gräberhof

3.

3.

3.

3.

3.

3.

3.

3.

3.

Gelegenheitskauf in Möbeln

Verschied. teils in Gebrauch gewesene, teils zurückspezifizierte Einzelstücke und Zimmer bringen wir zum niedrigen Massenpreis zum schleunigen Verkauf.

Schänke, Waschtischen, Betten, Irdne, Stühle, Särchische, Bredenzen, Spiegel, Sofas, Bücher-schänke, Hängemöbel, Speisezimmer, Schlaftzimmer, Herrenzimmer, Biedermeier-Möbel.

S. Brandt & Co., Gartenstr. 65!
(Verkaufsmarkt, Broadway)

Urania

12 Monatshefte und 6 Bücher

Des proletarische Kosmos

Zusätzl. auch die Gesellschaften

1. Jahrgang

2. Jahrgang

3. Jahrgang

4. Jahrgang

5. Jahrgang

6. Jahrgang

7. Jahrgang

8. Jahrgang

9. Jahrgang

10. Jahrgang

11. Jahrgang

12. Jahrgang

13. Jahrgang

14. Jahrgang

15. Jahrgang

16. Jahrgang

17. Jahrgang

18. Jahrgang

19. Jahrgang

20. Jahrgang

21. Jahrgang

22. Jahrgang

23. Jahrgang

24. Jahrgang



Das ist Dienst am Gast!

Seien die „Volkswacht“ in diesem Lokal aushängend, man auch unter fremden Menschen einen guten Haugenossen zur stillen Gesellschaft!
(Wer den Dienst am Kunden erfüllen will, bietet seinen Besuchern die „Volkswacht“, das Blatt, das immer fest)

GEBURTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODS- ANZEIGEN
Volkswacht-Buchdruckerei
Flußuferstr. 6

Spuk in der 5th. Avenue

15 Deutsche wollen 800 Millionen Mark erben — Das Leben Ella Wendels, der reichsten Frau der Welt

Die Nachricht vom Tode Miß Ella Wendels, der Frau der Welt, ging durch viele Zeitungen. Auch ein Rechtsanwalt Wendelin Kassel, der sie und schrieb an Newyorker Behörden, ob der Vorfahre der Miß Ella Wendel Begründer dieses Vermögens identisch sei mit einem gewissen Jakob Wendel aus Hohl, seinem eigenen Vorfahren. Die amerikanischen Behörden bestätigten diese Vermutung und Wendel meldete sogleich die Erbschaftsprüfung an 14 Mitgliedern seiner Familie an; zunächst auf 400 Millionen. Ob nicht auch die restliche Hälfte den Erbberechtigten zusteht, soll der weitere Verlauf der Erbschaft ergeben.

Die Belzhändler aus dem Odenwald

Die beiden Brüder Johann Jakob und Johann Georg Wendel verließen im Jahre 1805 ihre Heimat, das Städtchen Odenwald im Odenwald und wanderten nach Amerika aus. Sie wurden Belzhändler und kamen zu Geld. Johann Georg tat sich mit Jakob Astor, dem Stammvater des Milliardenhäuses, zusammen und erwarb Grundstücke in Newyork. Sein Sohn Gottlieb Wendel setzte dieses Werk seines Vaters fort; unter anderem erwarb er ein Grundstück an der Ecke der vornehmen 5th Avenue Nr. 39. Straße, mitten im Herzen der amerikanischen Metropole. Er ließ darauf ein Haus bauen, ein merkwürdiges Haus, das dem Geschmack des emporstrebenden Newyork angepaßt: aus rotem Backstein, unansehnlich und klein. In die Hinterfront schloß sich ein riesiger düsterer, durch hohe Mauern von der Außenwelt abgeschlossener Garten an.

Der Schwur der Schwestern

Schon Johann Georg hatte in seinem Testament bestimmt, niemals ein Grundstück des Familienbesitzes verkauft und das neu erworbene Geld in weiteren Grundstücken angelegt werden sollte. Gottlieb hielt sich genau an die Richtlinien seines Vaters, und als er starb, waren diese geschäftlichen Grundsätze in unantastbarer Familientradition geworden. Gottlieb hinterließ sechs Töchter und einen Sohn, der jede seiner sechs Schwestern einen feierlichen Eid schwören ließ, niemals in ihrem Leben einen Mann zu heiraten, um das Vermögen zusammenzuhalten. Erst nach dem Tode John Wendels stellte sich heraus, warum er selbst heimlich als Student verheiratet und sein Vater zwang ihn, kurz darauf von seiner Frau zu trennen, wenn er nicht seiner Erbschaft verlustig gehen wollte. Dieses tragische Jugendereignis, das Wendels bestimmte sein und seiner Schwestern Schicksal. Ein Mensch, dem das schon greifbar nahe Glück für immer entzogen wird, trägt eine tiefe seelische Wunde davon; er wird zum bitteren Menschenhasser, der nur das eine Bedürfnis kennt, auch anderen Menschen, über die er Macht besitzt, sein eigenes Los zu bereiten.

Vom Familiengefängnis ins Irrenhaus

Trotz ihres Eides heiratete eine der Wendelschwestern. Sie vermählte sich mit einem Professor Swope, einem Geistlichen. Sie war damals schon 50 Jahre alt. Hatte sie endlich, in letzter Stunde, den Mut gefunden, ihr eigenes Leben zu beginnen? Keineswegs; zwar glaubte sie aus eigenem Antrieb zu handeln, aber ihre Heirat war nichts weiter als ein fantastischer, raffinierter Schachzug ihres Bruders John. Er war die Beziehung zu Swope listig angeknüpft, er führte das Paar zusammen, wie ein Puppenpieler seine Marionetten. Und warum? Um sofort seine treubriidige Schwester aus dem Familienverband ausstoßen zu können! Eine andere Schwester, die jedoch wirklich aus dem Familiengefängnis in der 5th Avenue aus. Für wenige Tage mietete sie sich in einem Hotel in der Nähe des Irrenhauses. Keumütig und gewöhnlich kehrte sie in den Schoß ihrer Familie zurück. Auch Mrs. Swope kehrte heim; allerdings erst nach dem 1915 erfolgten Tode ihres tyrannischen Bruders, der seinen Schwestern jeden Kontakt mit der Außenwelt verboten hatte. Nur zwei Schwestern waren noch am Leben, Mrs. Wendel-Swope, deren Mann ohne Nachkommen gestorben war, und Miß Ella Wendel. Beide waren zu alt, zu verdrahtet, zu abgegründet, um ihr Leben anders einzurichten, als es die furchterliche Tradition ihres Hauses verlangte.

Die Einsamen

„Spukhaus“ nannte man das rote Backsteingebäude, in dem sie lebten. Nun lag es im kalten Schatten turmhoher Wolkenkratzer, im Gebrüll des Weltverkehrs. Zum letzten Mal betrat ein Fremder das Haus, als vor 15 Jahren eines der Dienstmädchen auf der schlechtbeleuchteten Treppe ein Bein brach und die Leute von der Unfallstation es abholten. Seitdem hielten sich die beiden Frauen a u ch kein Dienstmädchen mehr. Nie ließen sie eine Schneiderin kommen, sie nähten sich selbst ihre schwarzen Kleider, mit der Hand, ohne Nähmaschine und in der Tracht der Königin Victoria aus den Jahren des letzten Jahrhunderts. Das Haus besaß kein Gas und kein elektrisches Licht, vom Telefon ganz zu schweigen. Mrs. Swope unterhielt eine Zeitung in einem anderen Teil der Newyorker City ein Büro zur Verwaltung der ungeheuren Menge von Grundstücken. Sie brachte es fertig, zum Gaudium der ganzen Stadt zweimal wöchentlich in ihrem schabigen Kleid von Anno dazumal und ihrem lächerlichen Kaputtbüchlein in die Hochbahn zu steigen und ins Büro zu fahren. Sie starb im August 1930 im Alter von 87 Jahren.

Herrin und Hund

Nun hauste Ella Wendel, die letzte der Ueberlebenden dieser merkwürdigen Familie, allein im roten Spukhaus — allein mit ihrem kleinen weißen Hund. Sie lehnte die verlockendsten Angebote, das Haus zu verkaufen, ohne weiteres ab. „Mein Hund braucht die Gärten, um sich darin auszulassen“, war ihre ständige Antwort. Sie hielt die Fensterläden stets geschlossen; nur manchmal öffnete sie ein Spalt und Miß Ella Wendel erschien mit ihrem Hund, um das Leben draußen zu betrachten, an dem sie keinen Anteil hatte.

Miß Ella Wendel, die reichste und schrulligste Frau der Welt, die niemals in einem Auto oder auf einem Schiff fuhr, die kein Kino und kein Radio kannte, ist vor wenigen Wochen plötzlich gestorben, in dem Bewußtsein, das ganze ungeheure Vermögen im Wert von 800 Millionen Mark, welches Hauptbestandteil 117 Grundstücke bilden, als letzte Ueberlebende dreier Generationen auf Heller und Pfennig bekommen zu haben; in dem Bewußtsein, keine Erben hinterlassen zu haben, die möglicherweise den Riesenbesitz verwalten könnten. Die Stadt Newyork sollte der einzige Erbe sein und den reichen Segen über ihre Wohltätigkeitsanstalten ausstreuen.

Aber dieser seltsame Glaube der Ella Wendel war falsch, der ein Trugschluß, dem drei Generationen von Menschen ihr Leben geopfert haben. Miß Ella Wendel mit ihrem Bruder und

ihrer Schwestern hat falsch gelebt, hat ihr Dasein einem Irrtum zum Opfer gebracht, der erst jetzt durch einen Zufall an den Tag kam: das Vermögen ist an die Erben aufzuteilen.

Das ist die vorläufige Schlüsselpunkte des Romans der Familie Wendel. 15 Menschen warten sehnsüchtig auf die Dollar-milionen aus Newyork.

Nach dem Feuer im Glaspalast

Im Münchener Stadtrat wurde von dem Referenten für das Feuerlöschwesen Aufschluß über die große Feuergefahrlichkeit des Glaspalastes gegeben.

Ein Umbau des Glaspalastes nach rein feuerpolizeilichen Gesichtspunkten, der Einbau von Brandabschnitten und feuersicheren Zwischendecken wurde schon vor Jahrzehnten erörtert und sachmännlich untersucht. Er scheiterte aber daran, daß der Glaspalast dann nicht mehr den für Ausstellungszwecke notwendigen ungehinderten Lichteinfall ermöglicht hätte und schließlich auch an den außerordentlich hohen Kosten. Die Erfüllung der feuerpolizeilichen Forderungen wäre gleichbedeutend mit einer Schließung des Gebäudes gewesen. Infolgedessen sei im Jahre 1911 eine Sachverständigenkommission zu dem endgültigen Ergebnis gekommen, daß man sich darauf beschränken müsse, Einzelmaßnahmen gegen die Feuergefährlichkeit zu treffen. Als Folge dieses Beschlusses habe man das Hauptgewicht darauf gelegt, eine besonders reichliche Zahl von Hydranten in dem Gebäude anzubringen (zuletzt waren es 26), und alles im Betriebe auszuschalten, was irgendwie die Entstehung eines Brandes hätte begünstigen können. Es sei ein strenges Rauchverbot erlassen worden, die Lüftungseinrichtungen seien ständig modernisiert, die Ausgänge erweitert eine Telefonverbindung mit der Hauptfeuerwache eingerichtet und ein feuerfester Paktum geschaffen worden, der dem Brand auch tatsächlich standgehalten habe.

Bei diesem Sachverhalt bekommt die Frage nach der Entschädigung der Künstler eine besondere Bedeutung. Als Eigentümer des Glaspalastes liegt die Verantwortung in erster Linie beim Staat, der nach den gesetzlichen Vorschriften dafür haftet, daß das Gebäude in einem Zustand ist, der keine Gefahr für die darin aufbewahrten Werte bildet. Eine weitere Verantwortung liegt auch bei der Ausstellungsgesellschaft, von der eine genaue Kenntnis der Brandgefährlichkeit des künstlerischen sowie des zur Ausstellung verwendeten Materials zu verlangen war. Es ist wohl anzunehmen, daß eine genaue Prüfung der Verantwortlichkeit, der Verschuldung und der eventuellen Entschädigung geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die Verhandlungen zwischen den Künstlergenossenschaften und dem Kultusministerium haben inzwischen zu dem Ergebnis geführt, daß die Erstaussstellung in der neuen Pinakothek bereits am 15. Juli eröffnet wird und bis zum 15. Oktober dauern soll. Sämtliche Bilder der neuen Pinakothek werden ins Depot geschafft. Von jedem durch den Brand im Glaspalast geschädigten Künstler kann in dieser Ausstellung nur ein Bild berücksichtigt werden, da die Räume der neuen Pinakothek viel kleiner sind als die im Glaspalast. Andere Künstler können überhaupt nicht ausstellen. In einem besonderen Saale werden die geretteten Bilder ausgestellt, deren Zahl inzwischen erfreulicherweise auf mehr als zweihundert angewachsen ist.

Die Untersuchung der Brandursache ist immer noch nicht abgeschlossen, da fortgesetzt neue Mitteilungen an die Polizei gelangen. Es hat sich aber bisher kein Anhaltspunkt für vorläufige Brandstiftung ergeben. Das Gutachten des Polizeichefmeisters, daß zur Prüfung einem Universitätsprofessor unterbreitet wurde, spricht sich für die Möglichkeit einer Selbstentzündung von Malermaterial aus. Vorfahrtsmäßig hätten die mit Leinöl und Terpentin getränkten Pappen in einem verschlossenen Blechgefäß aufbewahrt werden müssen. Gegen diese Vorchrift hat der mit der Ausführung betraute Malermeister allerdings verstoßen, womit aber noch keineswegs die Schuldfrage geklärt ist.

Wieder einer!

Die Elektrizitäts-Genossenschaft Südwest Oberfranken in Bamberg ist durch ihren früheren Leiter Dr. Dittmann durch Verschleuderung von Genossenschaftsgeldern an den Rand des Ruins gebracht worden. In einer von etwa 1500 Personen besuchten sehr erregt verlaufenen außerordentlichen Generalversammlung wurde nun beschlossen, den Schaden anteilmäßig zu decken und nach erfolgter Sanierung die Genossenschaft aufzulösen. Gleichzeitig wurde an das bayrische Justizministerium die Bitte gerichtet, das gerichtliche Verfahren wegen Unterschlagung gegen Dr. Dittmann, der nach den bisherigen Feststellungen die Genossenschaft um mindestens 78 000 Mark geschädigt habe, zu beschleunigen. Dr. Dittmann war in Bamberg eine hochangesehene Persönlichkeit und war unter anderem früher Direktor des bayerischen oberfränkischen Bankvereins.

Schulunterricht — auf dem Bauche



Im Krüppelheim Birkenhof bei Berlin-Spandau sind zahlreiche Kinder aufgenommen, denen man durch verständnisvolle Pflege auch auf dem Boden, da durch diese Körperlage dem Gebrechen entgegengewirkt wird.

Die Schaufensterstürmer

In einer Verhandlung, die am Dienstag vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte gegen vier nationalsozialistische Teilnehmer an den Berliner Straßenkrawallen vom 13. Oktober 1930 stattfand, wurden die von der Berliner Polizei letzthin gemachten Feststellungen über die Planmäßigkeit und die vorherige Organisation der Tumulte vollumfänglich bestätigt. Die Verhandlung ergab, daß kurz vor der Reichstagsöffnung in den nationalsozialistischen Sturmlokalen die Parole ausgegeben worden ist, sich am Nachmittag des 12. Oktober vor dem Reichstag zu treffen, von wo aus man mit der Untergrundbahn in verschiedenen Gruppen zum Reichstag fuhr. Wie gründlich die Tumulte vorbereitet waren, beweist die Tatsache, daß sogar von Brandenburg ein Trupp SA-Leute mit dem Auto nach Berlin reiste, um ja nur beim Scheitern rechtzeitig zur Stelle zu sein. Der Angeklagte Heinrich belastet seine Nazi-Genossen aufs Schwerste. Er gibt an, daß nach dem Sturm auf die Konditorei Dobrin der Ruf ertönt sei: „Sturm 4 und 9, hier sammeln!“ Viele Leute wären dem Ruf gefolgt und hätten dann bei Wertheim die Schaufenster eingeworfen. Als die übrigen Angeklagten Heinrich wegen seiner Geständnisse Vorwürfe machten, erwiderte dieser gelassen: „Ich bin ja auch verpöffelt worden!“

Bluff und Schmutz

Im Uralzeff-Prozess kam am Dienstag zur Sprache, mit welchen Mitteln die Angeklagten „Geld zu machen“ verstanden. So hatte man den Dresdener Gläubigern vorgespiegelt, daß die angeblichen Schadenersatzansprüche Uralzeffs durch Dr. Steinmeyer bearbeitet worden seien und dieser die sofortige Zahlung von 300 000 Mark erwirkt habe. Der Fabrikant Riedel in Dresden ließ sich daraufhin um viele tausend Mark prellen. Das Ehrenmännertrio Uralzeff, Steinmeyer und Bedenk beschloß die politische Seite der Affäre Raiffeisen geschäftlich auszubereiten und Dr. Steinmeyer zu beauftragen, an Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei „mit Material“ heranzutreten. Steinmeyer schwindelte seinen Komplizen vor, daß er gute Beziehungen zu bekannten Sozialdemokraten habe. Natürlich hat er nie das Geringste in dieser Richtung unternommen und wäre auch bei einem Versuch ganz energig abgewiesen worden. Das immerhin Wikante an dieser trüben Verpöflung von Politik und Betrug ist, daß ausgerechnet der überzeugte Nationalsozialist Bedenk Uralzeff den Rat gegeben hat, sich durch Steinmeyer mit der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung zu setzen.

Spionage im Leuna-Werk

Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann am Dienstag ein Prozess wegen verräterischer militärischer Geheimnisse und wichtiger Industriepatente an Frankreich. Hauptangeklagte sind der Händler Beder aus Weippenfels, seine Frau, der Obergeheime Vollrat, Beders Stiefsohn, und der aus dem Saargebiet stammende Dekonomieverwalter Philipp Uman. Beder war es gelungen, seine Frau als Scheuerfrau in den Büros der Leuna-Werke unterzubringen, wo sie mit Hilfe von Nachschlüsseln unter anderem einen genauen Lageplan des Werkes und wichtige Patenturkunden entwendete. Vollrat vermittelte Beder fortlaufend Berichte über die Reichswehr. Außerdem sind noch einige Leuna-Arbeiter angeklagt, die, infolge von Arbeitslosigkeit in Not geraten, dem Händler Beder Material lieferten. Auch ein zweiter Reichswehrsoldat ist an der Spionageaffäre beteiligt. Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß einer Vorhänder der Ortsgruppe Weippenfels des rechtsradikal-faschistischen Werwolf ist. Von den beiden Reichswehrsoldaten ist der eine durch Vermittelung des Werwolf zur Reichswehr gekommen. Der andere hat sich früher als Mitglied eines Freikorps betätigt.

Vier Tote bei einem Einsturzungsunfall

Auf dem Rittergut Mellenstien im Kreise Soldin, das von der Landgesellschaft „Eigene Scholle“ besetzt wird, werden zurzeit umfangreiche Umbauten vorgenommen. Gestern wurden beim Abriss eines Scheunengebels fünf Bauhandwerker von zusammenbrechendem Mauerwerk verschüttet. Drei wurden sofort getötet, einer, der Polier, verstarb kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus Berlinchen.

Schwere Bluttat in der Grenzmark

In Schussenge schoß gestern die Arbeiterfrau Anna Tschick nach vorausgegangenem Streit ihren Mann mit einem Revolver in den Leib. Die Täterin flüchtete sodann in den nahen Wald, wo sie sich verborgen hält. Die Suche nach ihr ist aufgenommen. Tschick wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das Zöllner Krankenhaus übergeführt. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Internationale Arbeitskonferenz

Ausflug des Jahresberichtes

Genf, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas antwortete in der Dienstags-Sitzung der Arbeitskonferenz auf die lange Diskussion über seinen Jahresbericht. Thomas zeigte die großen Schwierigkeiten der Vermittlung und normativ strebenden Sozialarbeit der Organisation und ihre große Bedeutung für die Umstellung der Weltwirtschaft auf eine planmäßige Produktion und Verteilung.

Ausgehend von der Kritik, daß die Arbeit der Organisation nicht über Konferenzen und Entschlüsse hinausgegangen sei, stellte er fest, daß man im internationalen Leben noch kein anderes Mittel zu gemeinsamen Lösungen gefunden habe, als sich zu vereinigen und in Kommissionen, Konferenzen und Vollversammlungen zu diskutieren. Man erwarte vom Internationalen Arbeitsamt die Lösung für die Krise, aber dafür gebe es nicht die Lösung für die Wirtschaft. Für die Arbeitslosigkeit gebe es eine ganze Reihe von Lösungen, die geschichtet zusammengefaßt und zur Anwendung empfohlen werden müßten. Das Amt sei zunächst einmal an allen Untersuchungen über die Krisenursachen beteiligt. Es müßte auch in der jetzigen Arbeitslosigkeitskrise den Einfluß jedes Faktors erfassen und die Heilmittel suchen, die angewendet seien. Daher habe der Bericht verschiedene konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Für die Organisation der internationalen Arbeitsvermittlung werde

ein Kongreß aller Arbeitsämter vorgesehen, aber die Arbeitsvermittlung umfasse auch die Einbeziehung der Arbeitslosenversicherung, die Berufsauswahl, die Verlängerung der Schulzeit und das Mindestalter für Berufsarbeit. Die Freizügigkeit sei allgemein verlangt worden, aber ohne politische Hilfe könne sie nicht eingerichtet werden. Die Arbeitslosenversicherung sei unerlässlich für die Zukunft der Industrie und die politische und soziale Stabilität der Nationen. Sie habe von vier Millionen Beschäftigten im Jahre 1919 auf 43 Millionen in 1931 zugenommen. Für 1933 müßte die Arbeitslosenversicherung für ein allgemeines Abkommen auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz gesetzt werden. Auch die Frage der öffentlichen Arbeiten sei durch die politischen Verhandlungen nicht mehr abwegig. Man sage oft, das alles seien Palliativmittel, aber sie hätten ihren Wert wo gründliche praktische Mittel fehlten. In den Fragen der Arbeitszeitverkürzung und der Lohnsteigerung könne das Internationale Arbeitsamt nur zur Untersuchung beitragen, wie weit sie geeignet seien, der Krise abzuhelfen. Direkt könne das Amt nur darauf hinwirken, daß die Löhne in den zurückgebliebenen Ländern denen der fortgeschrittenen angepaßt würden.

Die fortschreitende Herabsetzung der Arbeitszeit müsse energisch weiter verfolgt werden.

Die Konferenz müsse untersuchen, ob nicht in manchen Industrien die Arbeitszeit unter die des Washingtoner Abkommens gesetzt werden könne, was man jetzt für den Kohlenbergbau vorbereite. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus? Man müsse sämtliche Bestrebungen verdichten, sich nicht nach rechts und links richten. In das internationale Leben müßten die neuen großen Fortschritte eingeführt werden, dann werde auch der Geist der Vertragsbestimmungen erfüllt werden und den Arbeitern der Welt Hilfe zuteil. Die Arbeit des Instituts müsse in die Tat umgesetzt werden und aus ihr eine Wirksamkeit gemacht werden. Das sei alles, was den Völkern nottue.

Thomas verteidigte dann seine Kritik an den englischen Unternehmern und rief ihnen die sozialen Leistungen Englands ins Gedächtnis zurück. Die Arbeiterregierung habe sich der Politik des Arbeiterschutzes eng angeschlossen und England habe in vielen Beziehungen Grund, die anderen Völker nach ihren Taten auf diesem Gebiet zu befragen. Er hoffe, daß aus Grund des Berichtes der Brauns-Kommission in Deutschland die 40-Stunden-Woche eingeführt und die Washingtoner Konvention ratifiziert werde, was schon eine erste Schatzkammer bedeute. Von allen Seiten habe sich in der Diskussion das gleiche Streben gezeigt, nach einer planmäßigen Organisation der Weltwirtschaft. Wir seien am Vorabend einer neuen gemeinsamen Anstrengung

am Wirtschaft und menschliche Arbeit zu neuem Einfluß und besserer Organisation zu bringen

und der Anteil der internationalen Arbeitsinstitution am Vortreiben dieser Maßnahmen sei sehr groß und müsse anerkannt werden.

Der japanische Regierungsvertreter Hoshijima brachte eine Entschlüsselung ein, die auf Grund der Diskussion den Verwaltungsrat auffordert, alsbald praktische Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu machen. Zuhörerschaft in einer Erklärung wachsam die Forderungen der Arbeitergruppe, was ohne Zustimmung zur Kenntnis genommen wurde. Außerdem wurde ein schwedischer Antrag angenommen, die Möglichkeit der Ratifikation von Abkommen auf der nächsten Tagung zu behandeln. Zum Schluß ließ China mitteilen, daß es das Abkommen über die Gewichtsangabe auf Transportgütern ratifiziert hat.

Die Arbeitslosigkeit im gewirtschaftlichen Gewerbe

Situationsbericht zum Internationalen Kongreß der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten

Der Kongreß der Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, der dieser Tage in Paris stattfand, nahm einen fruchtbareren Verlauf. Die dem Kongreß erhaltene Situationsberichte legten ein erschütterndes Zeugnis ab von den verheerenden Folgen der Wirtschaftskrise für die Angestellten der Hotel- und Gastwirtschaft. Die Dauerarbeitslosigkeit hat so manche Gastwirtschaften gemacht. Die Verdienste haben die gewirtschaftlichen Angestellten

Angeht die herrschende Arbeitslosigkeit, die in fast allen Ländern herrscht, was damit zu rechnen, daß die Behandlung der Frage „Zulassung und Kontrolle ausländischer Arbeitnehmer“ wie Sprengpulver wirken würde. Die Delegierten waren sich jedoch darüber vollkommen im Klaren, daß mit nationalitären Gesetzen ihren arbeitslosen Landsleuten nicht geholfen wird. Sie waren einmütig der Auffassung, das Arbeitslosenproblem der Gastwirtschaften habe nicht dadurch gelöst werden, daß in jedem Land die ausländischen Arbeitnehmer abgelehnt werden und dann die betroffenen Länder mit Repressalien antworten. Anzuerkennend hat der Kongreß gegen das vollständig vorhandene Mißverhältnis in der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer von den Regierungen Abhilfe gebietet und auch entsprechende Schritte zur Verbesserung der Beschäftigung auf dem Weg der Selbsthilfe gebietet.

In dem Punkt „Stellenvermittlung“ lag eine Fülle von Material aus allen Ländern der Welt vor. Die Delegierten des Materials war, daß gesetzliche Regelungen allein noch nicht genügen, sondern auch wirtschaftliche Organisationen vorhanden sein müssen, die die Durchsetzung eines Gesetzes überwachen. Die deutschen Delegierten waren in der angesprochenen Lage, darauf hinzuwirken zu können, daß in Deutschland die gewirtschaftliche Stellen-

vermittlung ab 1. Juli gesetzlich verboten ist. Die Delegierten der übrigen Länder verpflichteten sich, dafür einzutreten, daß nach deutschem und österreichischem Vorbild die gewirtschaftliche Unterstützungseinrichtung ausgebaut und die Frauen und Jugendlichen stärker zur Organisation herangezogen werden.

Der verdiente internationale Sekretär der Union, Ströhlinger-Berlin, der wegen seines Alters zurücktreten wollte, wurde unter starker Zustimmung durch Zuzug einstimmig wiedergewählt. Er wird bis auf weiteres im Interesse der internationalen Zusammenarbeit der Hotelangestellten die Union führen.

Solidaritätsstreik der Warschauer Straßenbahner

Warschau, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Warschauer städtischen Straßenbahner sind am Dienstag geschlossen in einen Solidaritätsstreik für einen Teil ihrer Kollegen getreten, denen die Direktion neue Arbeitsbedingungen in den Werkstätten aufzwingen wollte. Alle Straßenbahnen und Werkstätten ruhen. Vor dem Straßenbahngelände sind starke Polizeiwachen aufgestellt. Dem Streik dürften

Arbeitslosigkeit in Schlesien fortgesetzt rückläufig

Steigende Zahlen in der Krisenunterstützung

Während des Berichtszeitraumes hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden im Landesarbeitsamtsbezirk von insgesamt 335 239 auf 320 064, also um 15 175, gesenkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 193 162 auf 177 881 (122 725 Arbeitslosen, 55 156 Krisenunterstützten) zurückgegangen. Von den am 31. Mai gemeldeten Arbeitsuchenden entfallen 238 882 auf Niederschlesien, 81 182 auf Oberschlesien, von den am gleichen Stichtag gemeldeten Hauptunterstützungsempfängern entfallen 130 488 (88 888 Frau, 41 600 Frau) auf Niederschlesien, 47 393 (33 837 Frau, 13 556 Frau) auf Oberschlesien.

Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich während des Berichtszeitraumes zwar in geringerem Ausmaße als Vorberichtsraum, aber wiederum stärker als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres vermindert. Die Entlastung gegenüber dem Höchststand des Winters ist nunmehr mit 107 174 sogar stärker als im Vorjahr, in dem sie von Ende Februar (Hochstand) bis Ende Mai 103 987 betrug. In noch stärkerem Maße als bei den Arbeitsuchenden tritt diese Mehrerleichterung bei den Hauptunterstützungsempfängern in Erscheinung. Sie beträgt gegenüber dem Höchststand des Winters in diesem Jahr 123 349 gegen 102 441 im Vorjahr und ist allerdings allein bei den Arbeitslosenunterstützten zu verzeichnen, während sich bei den Krisenunterstützten überhaupt eine ständige Aufwärtsentwicklung zeigt, die seit November 1930 wesentlich auch mit der Erweiterung des Personenzweiges der Krisenunterstützung zusammenhängt. Mit der stärkeren Entlastung in der Zahl der Unterstützten insgesamt hängt allerdings teilweise wohl auch die gegenüber dem Vorjahr erhöhte Entlastung an Arbeitsuchenden zusammen. Es muß nämlich angenommen werden, daß die Verminderung in der Zahl der Arbeitsuchenden tatsächlich nur eine zahlenmäßige aber keine tatsächliche entsprechend starke Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, d. h. daß ein nicht unerheblicher Teil der beim Arbeitsamt als Arbeitsuchende Ausgehenden nicht tatsächlich Arbeit aufgenommen hat und also nicht tatsächlich aus dem Kreis der Arbeitslosen ausgeschieden ist. Es wird bei den Arbeitsämtern immer wieder die Beobachtung gemacht, daß ein Teil derer, die aus dem Kreis der Unterstützten ausscheiden, sich dann auch nicht mehr als Arbeitsuchende beim Arbeitsamt melden. Tatsächlich liegen aber doch die Zahlen der Ausgesetzten erheblich über den Vorjahreszahlen. Es fallen hier weniger die Zahlen der aus der Arbeitslosenunterstützung Ausgesetzten ins Gewicht, da, durch die Ausdehnung des Personenzweiges für die Krisenunterstützung, ein erheblich höherer Prozentsatz dieser Ausgesetzten in die Krisenunterstützung überführt wird, als die Zahlen der aus der Arbeitslosenunterstützung Ausgesetzten. In der

Zeit vom 16. Februar bis 15. Mai wurden im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien im Vorjahr 4067, in diesem Jahr 1 ausgeleert. Die Zahl der Aussteuerung aus der Arbeitslosenunterstützung betrug in der gleichen Zeit im Vorjahr 29 099, in diesem Jahr 51 963. Überführungen in die Krisenunterstützung fanden in der gleichen Zeit im Vorjahr 9678, in diesem 81 240 statt.

Reichsgewerkschaft der Polizeibeamten

Zusammenschluß der Polizeibeamtenverbände

Die Bestrebungen, die gesamte Polizeibeamten in einer gemeinsamen Organisation auf republikanischer Basis zusammenzufassen, haben zu einem bedeutenden Schritt geführt. Wie uns der Allgemeine Preussische Polizeibeamtenverband mitteilt, wurde von dem Vorstand und Ausschuss dieser Tage in einer gemeinsamen Sitzung der Reichsgewerkschaft der Polizeibeamten der folgenden Beschlusse gefaßt:

„In der gegenwärtigen, die in der heutigen wirtschaftlich-politisch schwierigen Zeit nur eine einheitliche Interessenvertretung erprobende Arbeit im Interesse der Polizeibeamtenschaft kann, schließen sich beide Verbände, der Allgemeine Preussische Polizeibeamtenverband und der Verband Preussischer Polizeibeamten mit dem Ziel auf stärkere Konzentrierung der Vertretung der Mitglieder zur Bildung einer Reichsgewerkschaft zusammen.“

Schließlich ist bei Beurteilung der Rückgänge in der Zahl der Arbeitsuchenden im Vergleich mit dem Vorjahr vor Dingen aber immer wieder die starke Ueberlagerung in den Gesamtzahlen zu beachten. Sie beträgt zurzeit bei den Arbeitsuchenden immer noch rund 94 000. Bei den Hauptunterstützungsempfängern erreicht sie dagegen nur rund 55 000 und ist hier auf die Zunahme der Krisenunterstützten zurückzuführen, während die Zahl der Arbeitslosenunterstützten etwas hinter der entsprechenden Vorjahreszahl zurückbleibt.

Insgesamt betrug die Zahl der Arbeitsuchenden am 31. 1930 226 146 (167 049 in Niederschlesien, 59 097 in Oberschlesien) die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 152 965 (123 689 29 276 Frau), wovon 110 917 auf Niederschlesien, 42 048 auf Oberschlesien entfielen.

Von einigen Arbeitsämtern wird darauf hingewiesen, mit einer wesentlichen weiteren Entlastung jetzt kaum zu rechnen dürfte. Verschiedentlich wird wieder die starke Konzentration der Arbeitslosen in den Schlüsselindustrien hin-

Die Aussperrung in der Augsburger Stadtbachspinnerei

wird in diesen Tagen in Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und den Textilarbeiterverbänden aus der Welt gedrückt werden. Die Aussperrung, von der 1400 Arbeiter betroffen sind, ist die Folge eines von der kommunistischen KGO, angezettelt und von Streik Unorganisierter, der Streik war ein Scheitern, denn die Betriebsleitung verhandelt erst nach Wiederaufnahme der Arbeit über die Differenzpunkte der Tariflohnregelung.

Die Berliner Konsumgenossenschaft meldet für den Juni einen Umsatz von rund 71 Millionen Mark. Die Mitgliederzahl ist über 1120 auf fast 218 000 gestiegen. In den ersten elf Monaten des Geschäftsjahres stellt sich der Gesamtumsatz auf 5,093 Millionen Mark. Die Sparkassenlagen betragen Ende Mai 49,646 Millionen Mark, die auf 155 000 Konten verteilt.

Der Stein von Chequers

Beben der internationalen Geldmärkte

Ein Land wie Deutschland, das in stärkstem Ausmaß auf den internationalen Kredit angewiesen ist, hat sich selbstverständlich die Frage vorzusetzen, wie die deutsch-englischen Beziehungen in Chequers auf seine Geldmärkte zurückwirken.

Die deutschen Geld- und Kapitalmärkte könnten eine günstige Rückwirkung gerade in diesem Augenblick vertragen. Ihr Zustand ist mehr als unbefriedigend. Die Börsen spiegeln diese bedenkliche Entwicklung seit Tagen wieder. Jede Reparationsdebatte bringt natürlich Aufregung und Erregung in die Welt des Finanzkapitalismus. Immer wieder haben wir als Begleiterscheinung von Reparationsdebatten festgestellt, daß gerade das Ausland sein Geld aus Deutschland zurückzieht und abwartet, wie sich die Dinge entwickeln werden. Das ist auch dieses Mal der Fall. Aber wir werden kein Geheimnis, wenn wir feststellen, daß die Abzüge von Krediten aus Deutschland während der letzten zwei Jahre, wo wir über genug Luthie auf den Geldmärkten erlebten, noch nie so groß waren, als heute und selbst größer sind als nach den Hitlermaßnahmen am 11. September 1930. Das ist ein ernstes Zeichen.

Die Ursachen dafür sind mehr allgemeiner Natur. Der vielgerühmte Mechanismus der kapitalistischen Finanzwirtschaft scheint ja im Grunde genommen in der Angst des Kapitalisten. Wenn auch nur die Möglichkeit eines Verlustes auftritt, ist der aus lauter Angst zumormalen Kapitalist herab und solche Vorkehrungen zum Schutze seines Geldes zu treffen, die nicht gerade billig sind. Diese Psychologie bezieht sich auf wieder den internationalen Finanzkapitalismus. Wenn wir bemerken möchten, daß nicht nur in Deutschland Kredite geflucht und Kredite zurückgezogen werden, sondern auch in anderen Ländern.

Insbesondere hat aber Zweifel die große Pleite in Oesterreich der Zusammenbruch der Wiener Creditanstalt gemacht. Wenn die große österreichische Kreditbank seit zehn Jahren pleite war, so muß man sich im Ausland fragen, und man selber Kontrollen zehn Jahre lang vor der Welt verbergen konnte, wie liegt immerhin die Wahrscheinlichkeit nahe, daß in den reichlichen Banken ähnlich sein kann. Diese Auffassung scheint entscheidend zu sein. Ungünstig wirken die hysterischen Äußerungen der

rheinisch-westfälischen Schwerindustrie nach Diktatur, Sanierung und Subventionen gewirkt haben, soweit Beden, wie wir sie voreriger Woche auf der Tagung des schwerindustriellen Kongresses vereins erlebt haben, überhaupt noch ernst genommen werden. Diesen Faktoren gegenüber versagen andere, die im Grunde genommen günstig wirken mußten. Sie tühlte und überlebte die Auffassung, die die größte Partei Deutschlands, die Sozialdemokratie, auf ihrem Parteitag in Leipzig zeigte. Obwohl gerade die Einstellung der Sozialdemokratie im Auslande stark beachtet worden ist.

Angeht die Kreditkündigungen und der Geldabzug aus Deutschland durch das Ausland bleibt nur übrig, daß die Verpflichtungen prompt und bis auf den letzten Pfennig erfüllt werden. Dieses Vertrauen kann man den deutschen Banken haben. Es darf und wird nicht zu den Beden kommen, daß man, wie der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht vor einigen Tagen verantwortungslos bemerkt, Kredite in Deutschland kündigt und sich damit abfinden muß. Geld doch nicht auf Heller und Pfennig zu bekommen. Das ist der Zusammenbruch unserer Kreditwirtschaft und der Zusammenbruch unserer Wirtschaft.

Nach einer Veröffentlichung des „Daily Herald“, der Zeitung der englischen Arbeiterpartei, ist durch die deutsch-englischen Beziehungen in Chequers „der Stein ins Rollen gebracht“ worden. Auch diese Veröffentlichung, die etwas über die dringende amtl. Konferenzverhandlung hinausgeht, läßt Raum für Optimismus und Pessimismus. Jetzt kommt alles auf die Auffassung in den Wirtschaftskreisen an. Hier darf man sich die Ansprüche nicht zu hoch schrauben. So mancher Großbetrieb und Finanz mit löwenem Namen macht sich verteilte wenig Gedanken über die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Geschäft und Profit sind alles. Der größere Teil der deutschen Wirtschaft dürfte die Lage aber realer beurteilen. Sie wird sich auch über das Tempo, mit dem der „Stein von Chequers“ rollen wird, keine Illusionen hingeben.

Ausschlaggebend ist, daß Deutschland ruhigen Kopf behält und daß die deutsche Außenpolitik ziel und zweckmäßig geführt wird. Eine von Illusionen freie deutsche Außenpolitik ist für die nächste Zeit die beste Kreditpolitik.

Karl Gareis

Ein Kapitel saskistischer Nordpolitik

München wird uns zum 10. Todestag des Blutzugens Demokratie am 9. Juni geschrieben:

Donnerstag, den 9. Juni, abends, sprach der erste unabhängige sozialistische Abgeordnete Karl Gareis über die im Reichstagsgesetzentwurf drohende Abschaffung der Schule. Der anwesende Schulratpater Mayer dankte Gareis dafür, daß er sich auf den rein geistigen Auseinandersetzung gestellt habe. Nach einer Diskussion wurde die Besammlung geschlossen. Gareis begann sich in Begleitung eines Parteigenossen, der sich persönlichen Schutz angeboten hatte, kurz nach elf Uhr nachhauseweg. Er benutzte die Straßbahn, um seine abgelegene Wohnung in der Frenstraße zu erreichen. Von seinem Begleiter an der Gartentür verabschiedet, wurde im Dunkel der schlechtbeleuchteten Straße, die zum Garten führt, mehrere Schüsse auf ihn abgegeben, die ihn ins Hirn trafen. Knapp zwei Stunden nach dem Schlag verschied Gareis im Schwabinger Krankenhaus, das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Der oder die Mörder konnten im nächtlichen Dunkel des Gartens entkommen. Der Begleiter von Gareis konnte Wege zur nächsten Telefonzelle noch einen verdächtigen bemerken, der offenbar „Schmiere“ gestanden war. Nachher meldeten sich einige Zeugen, die schon auf dem nachhauseweg einen Mann beobachtet hatten, der ein unruhiges Benehmen verriet.

Der Nord hat bis zum heutigen Tage keine Sühne und keine rechte Aufklärung gefunden. Die mit Hilfe der Kommunisten beschlossene jüngste Amnestie hat von den Mördern und Hintermännern endgültig das Fallbeil einer weiteren richterlichen Behandlung genommen, die in dem Bayern, Köhner, Roth, Hitler, Ludendorff, Eicherich, Ranzler und unüberwindliche Widerstände gestanden ist. Am verlassenen Femeaschluß des deutschen Reichstages hat der Reichstagsabgeordnete Genosse Levy an Hand derliegenden Akten 1926 nochmals den Versuch gemacht, die Mordtaten aufzuklären und den Mörder samt seinen Helfern festzustellen. Der frühere Leutnant Schweik war soviel wie überführt, aber die Spuren waren insofern nicht mehr möglich, um so weniger, als einflußreiche bayrische Kreise kein Interesse an der Aufklärung der Hintergründe des Mordes hatten. Die Akten enthalten Material, das für die Münchener Polizeidirektion und vor allem für die politische und Parteibildung seiner Zeit und heute ewiger Ministerpräsidenten von Hitler, und überhaupt belastend war. Es konnte ermittelt werden, daß er am 8. Juni nach München gekommen war und am 10. mit einem auf Janos Schmidt lautenden falschen Paß Münchener Polizei wieder über die Grenze ging. Die Münchener Polizeidirektion war schon einmal bei der Ausstellung falschen PASSES für den staatsverfolgteten Kapp-Verbrecher Erhardt ertrappt worden.

Wo einzig und allein die Mörder zu suchen sind, stand für jeden, der damals unter dem Regime Kahr-Roth im öffentlichen Leben die Augen offen hielt, von vornherein fest, vor allem aber für die amtlichen Regierungs- und Polizeibehörden, die mit den rechtsradikalen Terror-Organisationen persönlich und politisch verflochten waren. Erhardt war kein Unbekannter. Er leitete die sogenannten Wajenbergaktionen, die von den amtlichen Stellen offiziell durchgeführt werden konnten. Er diente als Verbindungsmann zwischen Einwohnerwehr, Polizei und dem Reichswehrkommando, in dessen Stab damals auch der SA-Chef Hitler, Hauptmann Röhm, beschäftigt war. Erhardt arbeitete mit beträchtlichen Geldsummen und vertrat u. a. auch den Entenkaagenten Pracher, dessen Freisetzung er bei der Münchener Polizei erzwirkte.

Dem Mord an Gareis waren zwei andere Morde, an dem bayrischen Sandmeyer und am Kellner Harring, und nachher auf den Reichswehrsoldaten Dobner vorausgegangen. In seiner Eigenschaft als führender Abgeordneter der USF, die im bayrischen Landtag war es Gareis gelungen, die des Mordes am Dienstmädchen Sandmeyer in die Hand zu kommen. Dazu verhalf ihm die Aufdeckung des Mordes an Dobner, der sich hilfesuchend an Gareis wandte. Eine ganze Meute von Spitzeln der Polizei und der Einwohnerwehr auf den Fersen war. Der für die Polizei und Erhardt arbeitende Entenkaagent Pracher lieferte Gareis dem hinzugezogenen Vorsitzenden der USF-Fraktion, Genosse Timm, früheren Justizminister der Revolutionsregierung, ein Telefongespräch mit dem Polizeibeamten Blaser den Beweis, daß einflußreiche Polizeibeamte unter Köhner und an der Organisation von Femeomorden aktiv und passiv beteiligt waren. Pracher mußte seine Mithilfe bei der Aufdeckung Münchener Femeomordzentrale später 1923 mit 14 Jahren Gefängnis büßen, die er wohl heute noch in Straubing abzusitzen hat.

Gareis und Timm führten im bayrischen Landtag die Forderung eines Untersuchungsausschusses herbei, der von den verschiedenen Parteien unter Führung des jetzigen bayrischen Reichspräsidenten Heßb gesprochen wurde, als zu befürchten war, daß es zur Aufhellung der Beziehungen zwischen amtlichen und den Femeoorganisationen in der Einwohnerwehr und zu einer schweren Bloßstellung der Regierung Kahr käme. Der Kampf gegen eine mit saskistischen Terror- und Mordorganisationen verquickte und von ihnen abhängige Rechtsregierung war die erste gemeinsame politische Aktion der sozialistischen Parteien, an deren Wiederherstellung Gareis mit allen Kräften seines Herzens arbeitete. Er durfte den Zusammenstoß nicht erleben.

Gareis, der 1920/21 in den Mittelpunkt des sozialistischen demokratischen Kampfes gegen bayrische Separatistengesetze gegen die gewalttätige Nordreaktion der saskistischen Gewerkschaften und der mit ihnen auf Geheiß und Verberb verbundenen halbsozialistischen Regierung Kahr-Köhner-Roth rückte, wurde aus einer alten bayrischen Beamtenfamilie und wurde am 7. November 1889 in Regensburg geboren. Er studierte auf den Universitäten Göttingen, Philosophie und Philologie. Er entschied sich für den Beruf des Gymnasiallehrers. Bei dem Ausbruch des Krieges trat er in den Reichsheer ein und wurde in der Münchener Polizei, dem Herrn Fried, der in Birnmasch, die zu den Fahnen und wurde bald Offiziersstellvertreter. Er wurde in Gefangenschaft und wurde nach dem Ausbruch nach Afrika verschifft. Hier wurde er zur ersten drei Tage gefesselt in der Wüstenland gelegt, und wurde dann wieder zu entlassen. Er wanderte acht Tage lang im Heidebestand umher und wurde wieder gefangen. Er mußte er im Kerker ohne Decke und Lagerstätte verbleiben. Am 12. September kam er wieder nach Frankreich, von wo er als schwer kranken ausgetauscht und nach Davos geschickt wurde. Seine Mitgefingenen in der ersten Wüste nach heute von der Güte und der Fürsorge zu erzählen, die Karl Gareis als deutscher Vorgesetzter angezeigten ließ.

In Davos, wo er sich mit dem Studium der ganzen Kriegsliteratur beschäftigte, wurde Gareis zum überzeugten Sozialisten, der in einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung die einzige Rettung aus der Barbarei des Krieges und der kapitalistischen Ausbeutung sah. Er zog nach seiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft sofort die praktischen Konsequenzen seiner neuen Einsichten und stellte sich der Eisernen USA zur Verfügung, die den außerordentlich befähigten Mann 1920 in den bayrischen Landtag schickte, wo er bald die Führung der Fraktion übernahm. Er arbeitete Tag und Nacht und gönnte sich keine Ruhe. Er folgte jedem Ruf der Genossen aus den entlegensten bayrischen Ortshäusern. Nach einjährigem Wirken rief ihn der schändliche Mord auch aus einem noch nicht halbjährigen Ehegatt. Fried hat es während seiner Minister-tätigkeit in Thüringen nicht gewagt, die Witwe von Gareis aus ihrem Amt zu entfernen. Banquos Geist bedrückte ihn zu sehr.

In einer Zeit der Auslieferung des Staates und seiner Regierung an saskistische Kampf- und Mordverbände in Bayern fiel Gareis als Opfer der Verteidigung des demokratisch-parlamentarischen Systems, der bürgerlichen und sozialistischen Freiheiten und der republikanischen Reichseinheit.

Vollsbund für Geistesfreiheit

Der Bundestag 1931

fand während der Pfingsttage im Volkshaus Leipzig statt.

Die Bundesversammlung wurde am 24. Mai vom Vorsitzenden Dr. Kramer-Breslau mit Begrüßung der 151 Delegierten eröffnet. Genosse Graul-Berlin übermittelte die Grüße des Deutschen Freidenkerbundes und wies darauf hin, daß auch auf dieser Tagung der Kampf gegen die Ausnahmegeetze gegen den freien Gedanken in den Vordergrund gerückt werden möge. Genosse Kaufeld-Leipzig würdigte leitens des Bundes sozialistischer Freidenker der Tagung besten Erfolg.

Dr. G. Kramer als Bundesvorsitzender erstattete nacheinander den Bericht des Vorstandes. Der letzte Bundestag fand vor zwei Jahren in Dortmund statt. In der Zwischenzeit haben sich auf kulturpolitischem Gebiet allerlei Dinge ereignet, die geeignet sind, die Reihen der freigeistigen Verbände zu starkem Gegenkampf aufzurütteln. Im Bundesorgan „Die Geistesfreiheit“ spiegeln sich all die Kämpfe wider. Bedauern müssen wir daß in Preußen ein Konkordat mit der Lutherische abgeschlossen wird, welcher Leute des Haltenkreuzes sehr nahe stehen. Das Wort Kulturholtschewismus ist nur ein Schlagwort für Dumme. Die Ruhe nach Polizei und Staatsanwalt, Prozesse wegen Gotteslästerung, die oftmaligen Stellungnahmen des Papstes zu den Fragen der Zeit, zeigen daß das Konkordat in starkem Vorwärts begriffen ist. Auf dem Gebiet der Schule fordere die Personalpolitik des Ministers härtesten Protest heraus.

Genosse Karl Peter, Leipzig, gab den Bericht des Geschäftsführers. Die Regierung Brüning benutzt den saskistischen Schrei, um die konfessionellen Belange des Zentrums besonders wahrzunehmen. Da befreit es uns, daß eine Partei wie die sozialdemokratische keine indirekte Hilfe leistet. (Das tut die SPD, ja gar nicht. Auf dem Parteitag in Leipzig konnte mitgeteilt werden, daß umgekehrt die Freidenker der Reichstagsfraktion ihren Dank ausgesprochen haben weil die Fraktion so wirksam und erfolgreich für die Interessen der Freidenker und den Mißbrauch der Notverordnung eingetreten sind. Ann. d. Red.) Die wirtschaftliche Notlage spiegelt sich in der Finanzlage der Ortsgruppen wieder. Doch soll die Bundeszeitung leitens der Ortsgruppen darum den Erwerbslosen nicht entzogen werden. Die Lage der Bundeskasse befriedigt; der Schrittweg hat an Umfang zugenommen. Es wurde energisch dafür gearbeitet, daß der Bund in einigen Gebieten als Körperschaft des öffentlichen Rechtes anerkannt werde. Die emühten waren jedoch vergeblich. Die Aussprache zu den Berichten war sehr reger. Herndt-Berlin wünschte die Bestattungsfrage obligatorisch einzuführen. Zeuner-Dresden forderte bei dem Abschluß von Konkordaten auch Zulassung für die freigeistigen Kulturorganisationen. Heinrich-Breslau verlangt, daß das alte Steuerfreiheitsrecht den Bundesorganisationen wieder gewährt werde. Der Bundestag müsse Freistellung der Einkünfte, die nur zu kulturellen Zwecken Verwendung finden, fordern. Heuer-Hannover wünscht intensive kulturpolitische Arbeit. Kurt Kramer-Leipzig sagt, daß die Perspektiven für die Freidenkerorganisationen keine glänzenden seien, sondern daß härtester Kampf uns bevorsteht.

Ueber die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände gab Dr. Rippenberger-Leipzig einen ausführlichen Tätigkeitsbericht. Die Aufgabe der „Rag“ ist, Einheit und Spigenorganisation der freigeistigen Verbände zu dokumentieren. In der Aussprache wird reibungsloseres Arbeiten der einzelnen Verbände gewünscht.

Die Organisation des Bundes wird von Genossen Peter dargelegt. Der Bund gliedert sich in Landes- und Bezirksverbände. Jede Ortsgruppe hat als Mitglied des Vollsbundes für Geistesfreiheit zu firmieren. Die neuen Statuten fanden Annahme.

Von den angenommenen Anträgen seien genannt: Die Bundestagung des Vollsbundes für Geistesfreiheit tagt in einer Zeit der schwersten Wirtschaftskrise, die viele Millionen von Arbeitern, Angestellten, Beamten und des Mittelstandes in Stadt und Land in tiefe wirtschaftliche Not gestürzt hat. Der wachsenden Empörung des werktätigen Volkes gegen das kapitalistische, unfähige Gesellschaftssystem glaubt die herrschende Klasse unter Führung der Brüning-Regierung durch den Abbau des parlamentarischen Demokratismus und durch diktatorische Notverordnungen Herr werden zu können. Als eines der wichtigsten Mittel im Kampfe gegen die anti-kapitalistische revolutionäre Erkenntnis benutzt die Reaktion Kirche und Religion. Durch Konkordate steigert sie den materiellen und geistigen Einfluß der Kirche und umgibt sie mit Sonderrechten gegen die Aufklärung der freigeistigen Verbände. Die Notverordnung vom 28. März richtet sich daher besonders scharf gegen jede atheistische Aufklärung und volks-kulturelle, fortschrittliche Forderung. Uns täuscht das Geschrei von Kulturholtschewismus nicht. Wissenschaftliches Volksaufklärung und die Befreiung vom kapitalistischen Joch auf dem Gebiete der Erziehung Kunst und Gesellschaftswissenschaften nennt man Kulturholtschewismus.

Der Bundestag ist sich darüber klar, daß der Kampf gegen die Kulturreaktion nur einen Teil des Gesamtkampfes des werktätigen Volkes um seine Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung sein kann. Er hält es deshalb für eine erste Aufgabe, mit allen epheligen Kämpfern gegen die geistige Bedrückung, gegen politische Enttötung, gegen soziale Verelendung zusammen zu kämpfen. Er mißbilligt die Politik des kleineren Übels der Sozialdemokratie, die in ihrem Programm immer noch die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche hat, aber in der Praxis Konkordate bewilligt.

Der Kongreß fordert: Durchführung der Trennung von Staat und Kirche, Schule und Kirche, Enteignung des kirchlichen Vermögens zugunsten der Hungernden Deutschlands.

Die Bewusstseinsbildung der Schule. Die in Pfingsttagen in Leipzig abgehaltene Bundesversammlung des Vollsbundes für Geistesfreiheit richtet an den Parteitag der SPD das dringende Ersuchen,

1. die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages zu beauftragen, dem Vertrage Preußens mit der dem Haltenkreuz folgenden Kirche, die sich mit Unrecht „zu gleich“ nennt, die Zustimmung zu verweigern. Diese Kirche bildet die schwerste Gefahr für die Republik;
2. Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages, besonders den Minister Dr. Grimme zu veranlassen, den Weltanschauungs-Vereinen die von der Reichsversammlung verheißenen und nach Abschluß des preussischen Konkordats durch einen Beschluß des Landtages nochmals versprochenen Körperlichkeitsrechte endlich zu gewähren. Die Verleihung dieser Rechte an den Volkshund für Geistesfreiheit kann durch den Minister und ohne Landtagsbeschluß erfolgen;
3. die Genehmigung zur Errichtung weltlicher Sammelklassen überall da zu veranlassen, wo das Bedürfnis nachgewiesen ist;
4. mit allem Nachdruck die Errichtung einer rein weltlichen Lehrer-Akademie und die Anstellung dissidentischer Lehrer wenigstens an den weltlichen Schulen zu betreiben;
5. die Einführung von Religions-Unterricht oder von religiösem, lebenskundlichem Unterricht an Berufsschulen zu verhindern;
6. die Reichstags- und Landtagsfraktion zu veranlassen, gegen alle Aufwendungen für Kirchen, Heer und Flotte zu stimmen;
7. den § 149 der Reichsverfassung richtig so anzuwenden, daß die Teilnahme am Religionsunterricht der öffentlichen Schulen von einer Willenserklärung der Erziehungs-berechtigten für die Teilnahme der Kinder, nicht aber gegen die Teilnahme abzugeben ist desgleichen die Erteilung von Religionsunterricht von einer Willenserklärung der Lehrer für die Erteilung, nicht gegen die Erklärung;
8. den Beschluß des Reichstages auf Vorlegung eines einheitlichen Feuerbestattungs-Gesetzes baldigst zur Ausführung zu bringen.

Die Wahlen

Der Vorstand, dessen Neuwahl einstimmig erfolgte, leht sich wie folgt zusammen: Dr. Kramer-Breslau, Reinde-Dortmund, Dr. Ichnin-Stettin, Heuer-Hannover, Hedwig Küster-Hannover und Karl Peter-Leipzig.

Das Ende der Tagung

Mit dem Hinweis daß die Arbeitstagung vor einem guten Geist getragen war, der in den laufenden Jahren zur Stärkung und Einigkeit des Vollsbundes für Geistesfreiheit beitragen möge, konnte Dr. Kramer mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation der Bundesversammlung schließen.

Was war das Schönste in Leipzig?

Von Walther Victor

Man muß mich recht verstehen. Ich bin zwar ein schon leicht angegrauter Familienvater, aber ich rechne mich dennoch mit Begeisterung zu jener Jugend, von der Breitscheid mit fast onkelhafter Freundlichkeit sagte, daß sie ihre romantischen Gefühle behalten solle. So muß man das „schön“ verstehen. Ich meine nicht „groß“, ich meine nicht „etwas heftig“, ich meine nicht „begeistert“, ich meine nicht „eindrucks-voll“. Ueber alle diese Dinge werden Beurteiler urteilen. Ich für meinen romantischen Teil, ich meine einfach — schön.

Und das Schönste auf diesem Parteitag sah ich am Mittwochsfrüh.

Es war die Stimmung vor Beginn eines der heißesten Tage, wahrheitsgemäß des politisch wichtigsten. Weis und Lipinski wählten am Vorstandstische die Akten, die Diskussionsredner haben noch einmal ihre Notizen durch und memorierten die Schläger, mit denen sie den Beifall der Delegierten zu finden hofften.

Auf den Tribünen drängte man sich um den besten Platz. In wenigen Minuten wird man beginnen.

Paul Löbe aber kommt und bringt einen großen Korb Kornblumen. Auf den Parteitag. Am Tage der Panzerkreuzer-debatte. Einen großen Korb Kornblumen. Und dann verteilt er sie in einzelne kleinere Strauße. Und die bringt er auf ein paar Plätze. Er lächelt ein bißchen dabei und schaut ein wenig nach rechts und links. Er weiß, man beobachtet ihn. Aber das stört ihn nicht. Er lächelt weiter und verteilt seine Kornblumen. Und dann kommt Sollmann, der Mann, der angeblich kein „zartes Gewissen“ hat und erbittet eine Kornblume für sein Knopfloch.

Jetzt sind die Kornblumen alle. Nur einige wenige bleiben, die liegen vor Paul Löbes Platz.

Und das war das Schönste in Leipzig. Und nicht nur das Schönste! Denn so lange einer wie Paul Löbe, der ja schließlich auch noch einige andere Sorgen hat, Kornblumen liebt, und glücklich darin ist, andern damit Freude zu machen, so lange ist mit um diese Partei nicht bange.

Und jedem, der über Breitscheids Wohlwollen für jugendliche Romantik nur ein mitleidig-verständnisvolles Lächeln hatte, fiede ich eine von Paul Löbes Kornblumen respektlos an den Hut. Wo bleibt der zweite „Bouge“ mit Blumen?

Das tödliche Lied

Von René Bizet

Nikolaus Rimsky von Streljanau, der große romantische Dichter Oesterreichs, bekannt unter dem Namen Nikolaus Lenau, hatte in den letzten Jahren seines Lebens eine unglückliche Liebe für eine junge, verheiratete Frau: Sophie Lowengart. Er war von untergeordneter Statur, aber kein Gesicht war schön unter dem braunen Teint, und seine feurigen Augen übten auf sentimentale Leute einen tiefen Eindruck aus. Er führte ein ziemlich eigenartiges Leben, besuchte in Wien die Tavernen, in denen lärmende literarische Diskussionen abgehalten wurden und schloß sich tagelang in seiner Wohnung ein, um sich ungehört der Musik hinzugeben. Lenau war ungarischer Abstammung und hatte von seinen Vätern neben der Liebe zur Freiheit eine solche Begeisterung für das Bolinspiel geerbt, daß seine Nerven darunter litten.

Wenn man die Zigeunermusik nicht kennt, so acht man nicht ihre außerordentliche Macht auf empfindsame Gemüter. Diese wilden Melodien braufen wie der Sturmwind daher und beschwören in der Phantasie Reiterkavalkaden herauf, wie sie über die weite Ebene jähren, Entführungen, Zustände abgrundtiefer Verzweiflung in schweigender Nacht, sie bringen die untröstliche Traurigkeit des Menschen in der Einsamkeit zum Ausbruch, die Wünsche, welche sein Herz schwellen machen und die keine Liebe je zu stillen vermag.

Lenau war kein Virtuose, jedoch spielte er auf seiner Violine die ungarischen Volksweisen mit höchster Begeisterung. Als er Sophies Bekanntschaft machte, gestand er ihr, daß er ohne Schwierigkeit den Bogen zu führen verstände; und als er dann trübler wurde, beschloß er sie oft mit seinem Instrument und verbrachte bei ihr Stunden, die für ihn voll Zauber waren durch die Gegenwart der schönen Freundin und durch die Erhabenheit der Kunst. Eines Abends ließ er sie einen Walzer hören — von einer hysterischen und tiefen Poese, die alle Hoffnungen und alle

